

Sonniger

Zentral-Organ für die Interessen

der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe besch. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franko 1,50 M.
Der Courter ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Besuchzeit: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionslokal
am Monroa-Platz vor Ersteinung des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 22.

Berlin, den 1. September 1907.

11. Jahrg.

Verheißung.

Eine Begrüßung des internationalen Kongresses.

Der Wintersturm weicht lindem Lenzeshauche,
Der Schnee zerschmilzt, zerschmilzt in gold'ner Glut,
Die Erde prangt im jungen Blütenstrauch,
Aus moos'gem Fesse springt die Silberlut.
Das zarte Laub, es wächst und schwillt,
Die Blumen heben ihre holden Köpfe,
Im Morgenau die junge Knospe springt
Und Traumaroma bringt aus jedem Kelche.
Die Lerche hebt mit leichten Schwingen
Sich jubelnd in die Sonnenpracht,
Um schmetternd dort ihr Lied zu singen,
Ihr Heldenlied voll Haubermacht.
Die Sonne schenkt ein Goldgeschmelde
Der althertrauen Sängerin,
Der Zephir trägt aus junger Weide
Ihr feinen Blütenatem hin. —
Fern am Himmel
Welch Gelümmel?
Hoch empor
Wie ein Flor
Zus Morgenerot
Ragt ein Schloß.
Ungeheuer
Kechen, kampfem,
Riefenfeuer,
Flammen dampfen!
Rufgeschwätze Menschen schaffen
Emsig wie ein Bienenschwarm,
Dehn sie schmeiden, schleppen, raffen
Jammersort mit nerv'gen Arm,
Und sie dänken sich geschaffen
Neule nur dem ew'gen Harm. —
Sie sehen nichts vom holden Faubersenze,
Sie sehen nicht, wie rings der Frühling lacht,
Haben kein Auge für die Blütenfränge
Und all die wunderbare Sonnenpracht. —
Auf einmal Wuchern und Gekampfe,
Die Menschen lauschen atemlos,
Denn aus der Wolke schwarzen Dampf
Ringt eine Weltgestalt sich los
Auf weißem Kopf, die schlanken Glieder
Wie Eisenblein geschmeidig zart
Und doch mit frischer Kraft gepaart:
So steigt er aus den Wollen nieder,
Den Lorbeerkranz im Waden!
Aus seinen Augen strahlt ein Feuer
Voll Jugendmuth und Gelsinn;
Es schweigen rings die Ungeheuer,
Es wendet sich den Menschen hin:
„Das schöne Land, das ihr nicht kennt
Und dennoch Paradies benennt,
Ich schaff' es euch hienieden
Mit seinem edlen Frieden.
Seht rings des Lenzes Herrlichkeit!
Die Erde ist so schön und weis,
Und Wimmeln blühen so viel im Thal,
Dah' unermesslich ihre Zahl.
Die Vögel alle sind so lieb,
Euch singen sie die Lieder.
Warum blickt einer Auge trüb?
Euch steigt ein Frühling über,
Ein Frühling, der mit sonn'ger Pracht
Die ganze Menschheit badet,
Ein Frühling, der euch ewig lacht
Und alle zu sich ladet.
Drunn fort mit eurem allen Spott.
Ich tret' in eure Mitte,
Ich bin der neue Junge Gott
Und lehr' euch neue Sitten!
Erhebet all zu mir den Geist,
Ich bin's, der sonn'gen Wad euch weist.
Aus allem Elend, allem Leid —
Ich bin der Sozialismus, der die Welt befreit!“

Vom internationalen Kongress.

Eine gewaltige Kundgebung des internationalen Proletariats war der Sozialistenkongress zu Stuttgart. Nicht weniger als 886 Delegierte repräsentierten 25 Nationen und alle fünf Erdteile. Sogar aus Japan, Indien, Australien, Südafrika, Südamerika usw. waren die Vertreter des arbeitenden Volkes herbeigekommen. Unser alter Vebel war es, der unter minutenlangem wirklich führerlichem Beifall den glänzenden Kongress der Internationale mit einer begeistert begrüßungsrede eröffnete.

Kopf an Kopf drängten sich in dem großen Saale Delegierte und Gäste. Tief bebend begann die Sitzung mit der Audorffschen Sozialisierung des Kampfchors der proletarischen Revolutionäre: Eine feste Burg. Mächtig stuteten die Orgelzüge des Vorspiels, und der Chorgesang unterbrach — der alte Choral war für den Kongress eigens musikalisch eingerichtet — ein Frauenchor, wie eine süde und zugleich feurige Porphyrstimme. Es war ein wahrhafter Weltgottesdienst der neuen Erde, die einen neuen Himmel über sich errichtet. Dann hielt Vebel die Begrüßungsansprache, auf die der Belgier Wandervelde mit dem ganzen Aufgebot seiner künstlerisch geschulten, klassischen Rhetorik antwortete.

Am Nachmittag aber strömten Tausende und Aber-tausende hinaus nach Cannstatt, durch den herrlichen Stuttgarter Park hindurch, bis zu dem weiten Wiesen-gelände, am Nedar. Friedlich bobeten Männer und Jünglinge im Fluß. Von der Höhe schauten zwei Luftballons herab, aber nicht um Pech und Schwefel auf dieses in Deutschland unerhörte Schauspiel herab-zuregnen. Von sechs hohen Tribünen unter brausen-den Gehrufen des das Gefilde übersiehenden Volkes kündeten die ausländischen Führer der Internationalen das Evangelium des Sozialismus, während die deut-schen Worte des Vorleser führten. Hier hämmerte J a u r e s, wie ein Titanenschmied, die Worte förm-lich in die Seelen. Dort überdante die Donnerstimme des Tschechen W e m e c fast den nachbarlichen Polen D a s z y n s k i, dessen hohe hagere Gestalt in keinem Augen weicht hin leuchtete, während seine Rede vulka-nisch loderte; in diesem deutsch redenden Polen sprach voll der leidenschaftliche Anführer des Parisismus, den es in Europa gibt. Viktor A d l e r s seine und tiefe Geistigkeit bezwang die Hörer von derselben Tri-büne, von der zuvor Frau R o l a n d - S o s s i, die Holländerin, die Hörer fesselte.

S y n d m a n n, der englische Sozialist, übte kraft-voll die in der freien Heimat täglich gesüllte Kunst der Rede unter freiem Himmel, W a n d e r v e l d e s bezwingender Pathos der Gesen wirkte, in der schar-fen Silhouette, weit hin auch dort für das Auge, wo das Ohr keinen Hall mehr zu vernehmen imstande war. Feurig brannte das Rot der hochragenden Tri-bünen in der hellen heißen Luft, und die bunten Banner, die Wahrzeichen der proletarischen Vereini-gungen, breiteten sich schlingend über die Vorhinden und Ueberseher, die auf den Märten der Internati-onale Platz genommen hatten. Die Gewitterschwüle dieses schwer lassenden Sonntages schien sich in all den Leben, wie in erfrischenden Gewittern auszulösen. Die eine revolutionäre Volkstheit große und blühe — ein Weltgewitter aller Nationen mehrsprachig und von allen verständlich.

So ward zum erstenmal in Deutschland ein Tag politischer Freiheit, die kein Polizeigewalt fesselte.

Dieser Sonntag des 18. August 1907 wird ein-mal in der deutschen Geschichte wiederhallen. So voll-ständig, schlicht die äußere Erscheinung ist, in diesen Kundgebungen von Vertretern aller fünf Erdteile für die Menschheitsverbündung und Menschheitsrettung, in diesen triumphierenden und erwehenden Ansprachen der Internationale unter freiem Himmel a u f d e u t s c h e m B o d e n erhebt eine Zukunft ihr Haupt, die kaum was Gemeinsames haben wird mit dieser dunklen Gegenwart mit ihrem vollen geistigen Bewußtsein der Freiheit und ihrer Wege, und ihrer marternen Erkenntnis von der selbstigen barbari-schen Wirklichkeit.

Der äußerliche Beobachter mag nur drängende, interessierte, oder vielleicht auch bloß neugierige Massen sehen, er mag gefesselt sein durch die vielen bedeutenden Persönlichkeiten und markanten Gestalten, die aus aller Welt zusammengeströmt sind, wenn es gegeben ist, das Herz der Dinge schlagen zu hören, wer die Phantastie für die Ferne hat, der erkennt mehr, als das bunte Getriebe einer nicht dem Feinde, Wider-willigen und Gleichgültigen imponanten Machtentfal-tung des internationalen Proletariats.

Der Stuttgarter Kongress ist geeignet, die großen ungeschlunten Hoffnungen wieder helter glänzen zu lassen, die nur zu leicht in dem Alltagsgetriebe der müh-seligen Geschäftigkeit und schweißmüden Arbeit zu er-laffen drohen. Wir wagen wieder tiefer die Stun-den der Meinung zu überwinden, die uns die Span-nung zwischen dem großen Willen und dem langen Vollbringen allzu weit scheidet, da wir über der Un-gebild, das Ziel zu erreichen, gar nicht merken, wie schnell wir vorwärts kommen. Wir bilden uns ein, klagen und anklagen, daß es uns nur vergnügt sei, zu schleichen — und siehe da, wenn wir es recht be-denken — führt nicht die Zeit ungeschlun vorwärts und reißt sie uns nicht schneller mit, als wir uns bewußt werden?

Was gestern noch ein tolles Märchen schien, heute ist es bereits so greifbare Wirklichkeit, daß wir uns kaum noch verwundern. Wer hätte auf dem letzten internationalen Kongress zu Amsterdam es für möglich gehalten, daß in ein paar Jahren auf dem folgenden Kongress eine Frau erscheinen würde, als Abgeord-nete des finnischen Parlaments? Und doch sah im Vorstand des ersten internationalen Frauenkongresses, der am Samstag seine Beratungen begann, Frau Lar-senen, das Mitglied des finnischen Parlaments, nicht nur die stolze Begleiterin eines gewaltigen Triumphes über das asiatische Jarentum, sondern auch Zukunfts-kämpferin gegen das hartnäckige Vorurteil der Kultur-staaten, der freien Demokratien. Wer hätte vor drei Jahren sich zu träumen vermerken, daß das zerfal-lende, verfallende Oesterreich in der ungeheuren Wie-dergeburt durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht binnen kurzer Zeit eine parlamentarische Vertretung von 80 Abgeordneten haben würde? In Stuttgart ist das lebendige Wirklichkeit geworden.

Und endlich das größte Wunder: Auf weitem, freiem Gelände dürfen „Fremdlinge“ vor Zehntausen-den von deutschen Untertanen in Deutschland die Heil-svoltschaft der sozialen Revolution verkünden. In Deutschland!

Die deutsche Delegation des Kongresses, 300 Mann stark und paritätisch aus Partei- und Gewerkschafts-vertretern zusammengesetzt, hatte schon am Sonnabend zuvor mit ersten Beratungen begonnen. Die deutsche Delegation wählte für die Dauer des Kongresses zu Vorstehenden die Genossen W a n n u c h und Z e g l e n, und zu Sekretären die Genossen K n o l l- und M ü l l e r - B e r l i n.

Auf der Tagesordnung der Sitzung stand: Stellungnahme zur Waisfeier. Die Diskussion über diesen Punkt war eine sehr eingehende. Es beteiligten sich 16 Redner aus Partei und Gewerkschaften an der Debatte. In den Verhandlungen wurden einerseits die aus früheren Debatten in der Presse, auf den Parteitagen und Gewerkschaftskongressen bekannten Argumente für und wider die Arbeitsruhe am 1. Mai vorgebracht, andererseits wurde aber auch neues Material aus den Erfahrungen des letzten Jahres einem weiteren Kreise zugänglich gemacht. Im Auftrage der Gewerkschaften, die am Tage vorher bereits zur Verhandlung der Waisfeierfrage auf dem Stuttgarter Kongress Stellung genommen hatten, referierte Genosse Robert Schmidt. Als Korreferent sprach im Namen der Partei Genosse Richard Fischer. Die Debatten, die durchweg sachlich gepflogen wurden, führten zu einer Verständigung. Mit beiderseitiger Mehrheit wurde in der Gesamtabstimmung in der Nachmittagsitzung folgende Resolution angenommen:

„Die deutsche Delegation zum internationalen Kongress in Stuttgart empfiehlt die Feier des 1. Mai in der Form zu begehen, wie es in der Resolution des Mannheimer Parteitags niedergelegt ist.
„Wo aber die Arbeitsruhe Maßregelung zur Folge hat, muß die wegen der Waisfeier durch Maßregelung geschädigten Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, auf die die politisch und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch erheben können. Zur Regelung ist die deutsche Delegation zum internationalen Kongress nicht kompetent. Sie erwartet jedoch von dem nächsten deutschen Parteitags eine Regelung auf folgender Grundlage:

„Die Unterstützung ist von der Partei und den Gewerkschaften zu tragen. Die Art, wie die Partei und die Gewerkschaften die dafür erforderlichen Mittel aufbringen, bleibt einer Verständigung der Instanzen der Partei und Gewerkschaften vorbehalten. — Dabei ist festzuhalten, von welchem Zeitpunkt ab und für welche Dauer die Unterstützung zu gewähren ist.“

Am Montag begannen auch die verschiedenen Sektionen des Kongresses die eingehende Vorberatung der Tagesordnungspunkte. Der Raum unseres Blattes gestattet es leider nicht, auf diese interessanten Verhandlungen des näheren einzugehen; wir wollen nur hervorheben, daß es bei der Beratung der Militärfrage am besten gelang.

Am Mittwoch kam es zu scharfen Zusammenstößen im Plenum über die Kolonialfrage. Die deutsche Delegation beschloß mit großer Mehrheit, diese Frage im positiven Sinne zu behandeln, obwohl sich die Genossen Mehring, Kautsky und Ledebour dagegen wandten. Mit allen gegen drei Stimmen wurde schließlich feilsch der deutschen Delegation folgender prinzipieller Einleitungsatz zu der Resolution von **N o 1** - Holland angenommen:

Zu der Erwähnung, daß der Sozialismus die produktiven Kräfte des ganzen Erdkreises entfalten und alle Völker zur höchsten Kultur emporküpfeln will, vertritt der Kongress nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell, da diese unter sozialistischen Regime zivilisatorisch wirken können.

Im Plenum wurde dann aber zuerst über die Einleitung der Minorität abgestimmt und dieses gegen die Stimmen der Deutschen, Desterreicher, Holländer und der Mehrheit der Engländer mit 127 gegen 108 Delegationsstimmen angenommen.

Diese Sätze lauten:

„Der Kongress ist der Ansicht, daß die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem innersten Wesen nach zur Anreicherung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung der Kolonialgebiete führen muß.“

Die zivilisatorische Mission, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft besinnt, dient ihr nur als Deckmantel für Eroberungs- und Ausbeutungsgefäße. Erst die sozialistische Gesellschaft wird allen Völkern die Möglichkeit bieten, sich zur vollen Kultur zu entfalten.

Die kapitalistische Kolonialpolitik, statt die Produktivkräfte zu steigern, zerstört durch Verflavung und Verelendung der Eingeborenen wie durch mörderische verfluchtende Kriege den natürlichen Reichtum der Länder, in die sie ihre Methoden verpflanzt. Sie verlangt und verhindert dadurch selbst die Entwicklung des Handels und des Ablasses der Industrie-Produkte der zivilisierten Staaten.

Der Kongress verurteilt die barbarischen Methoden kapitalistischer Kolonisation und verlangt im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte eine Politik, die die friedliche kulturelle Entwicklung gewährleistet und die Bodenfläche der Erde in den Dienst der Höherentwicklung der gesamten Menschheit stellt.“

Für den Hauptteil der Resolution von **N o 1** stimmte dann auch die deutsche Delegation. Dieser lautet:

„Er (der Kongress) bekräftigt von neuem die Resolutionen von Paris (1900) und von Amsterdam (1904) über die Kolonialfrage und vertritt nochmals die jetzige Kolonialpolitik, die, ihrem Wesen nach kapitalistisch, keinen anderen Zweck hat, als fremde Länder zu erobern und fremde Völker zu unterwerfen, um sie schonungslos zum Nutzen einer verschwindenden Minderheit auszubeuten, während gleichzeitig im eigenen Lande die Lasten der Proletarier steigen.“

Als Feind jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und als Verleider aller Unterdrückten ohne Unterschied der Rasse, verurteilt der Kongress diese Politik des Raubes und der Eroberung, die nur die schamlose Anwendung des Rechtes des Stärkeren ist und das Recht der besiegten Völker mit Füßen tritt.

Die Kolonialpolitik vermehrt die Gefahr kriegerischer Verwicklung zwischen den kolonisierenden Staaten und steigert ihre Belastung durch Heer und Flotte.

Finanziell betrachtet sollen die Ausgaben für die Kolonien, ebenso solche, die der Imperialismus verschuldet, als auch solche, die im Interesse der ökonomischen Entwicklung der Kolonien gemacht werden, von denen getragen werden, die allein von der Ausplünderung fremder Länder Nutzen ziehen und deren Reichthümer aus ihnen stammen.

Der Kongress erklärt schließlich, daß die sozialistischen Abgeordneten die Pflicht haben, in allen Parlamenten unverzüglich diese Methode der schonungslosen Ausbeutung und Knechtschaft zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrscht.

Zu diesem Zwecke haben sie für Reformen einzuwirken, um das Los der Eingeborenen zu verbessern, haben sie jede Verletzung der Rechte der Eingeborenen, ihre Ausbeutung und ihre Verflavung zu verhindern, und haben sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an ihrer Erziehung zur Unabhängigkeit zu arbeiten.“

In bezug auf die Erlämpfung des Frauenwahlrechts herrscht auf dem Kongress nahezu Einstimmigkeit, die auch in der Annahme nachstehender Resolution ihren bereiten Ausdruck fand:

„Der Kongress begrüßt mit größter Freude die erste internationale sozialistische Frauenkonferenz und erklärt sich mit ihrer Stellungnahme, das Frauenwahlrecht betreffend, solidarisch.“

Der Kongress weiß das beschränkte Frauenwahlrecht als eine Verfälschung und Verhöhnung des Prinzips der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zurück. Die sozialistischen Parteien kämpfen für den einzig lebensvollen konkreten Ausdruck dieses Prinzips: das allgemeine Frauenstimmrecht, das allen Großjährigen zusteht und weder an Besitz, noch Steuerleistung, noch Bildungsniveau oder sonstige Bedingungen geknüpft ist, welche Glieder des arbeitenden Volkes von dem Genusse des Rechts ausschließen. Die sozialistischen Frauen haben den Kampf für das volle Bürgerrecht des weiblichen Geschlechts nicht im Munde mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zu führen, sondern in Gemeinschaft mit den sozialistischen Parteien, welche das Frauenwahlrecht als eine der grundlegenden und praktisch wichtigsten Forderungen zur vollen Demokratisierung des Wahlrechts überhaupt verstehen.

Die sozialistischen Parteien aller Länder sind verpflichtet, für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts energisch zu kämpfen. Daher sind insbesondere auch ihre Kämpfe für Demokratisierung des Wahlrechts zu den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften in Staat und Gemeinde zugunsten des Proletariats als Kämpfe für das Frauenwahlrecht zu führen, das sie fordern und in der Agitation wie im Parlament mit Nachdruck vertreten müssen. In Ländern, wo die Demokratisierung des Männerwahlrechts bereits weit vorgeschritten oder vollständig erreicht ist, haben die sozialistischen Parteien den Kampf für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts aufzunehmen und in Verbindung mit ihm selbstverständlich auch die Forderungen zu versehen, die im Interesse vollen Bürgerrechts für das männliche Proletariat etwa noch zu erheben haben.

Der internationale sozialistische Kongress kann keinem Lande einen bestimmten Zeitpunkt vorschreiben, zu dem eine Wahlrechtsbewegung eingeleitet werden soll. Er erklärt jedoch, daß, wenn eine solche Bewegung in einem Lande begonnen wird, sie unbedingt und ausschließlich auf dem Boden des allgemeinen sozialistischen Kampfes für das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts geführt werden muß.“

Der Streik der Tagelöhner und Kutsher in Kiel.

Gar häufig findet man die Unternehmer vereint, um gegen die wachsende heimtückische Ansichte vorzugehen. So auch jetzt in Kiel. Der Streik unserer Kollegen hält ungebrochen an und kein Anzeichen irgend einer Verständigung ist vorhanden, da die „Herren“ nach wie vor nur mit ihren Leuten, aber nicht mit deren Organisation verhandeln wollen. Die Ausständigen sehen wie die Mauer und brauchen noch keinen einzigen der übrigen als Streikbrecher anfangen zu sehen. Ein Zug aus Arbeitswilliger ist überhaupt nicht zu verzeichnen, und so ist's denn still auf den weiten Holzplätzen, höchstens, daß jene wenigen arbeitswilligen Plakowige, Inwaliden und Schreiber durch ihre Tätigkeit die Stille noch mehr hervortreten lassen. Die städtischen und Arbeitgeber-Verbandsstellen suchen zwar ständig 150 Holzarbeiter und Kutsher, aber niemanden brauchen die Streikposten zurückzuhalten, weil alle wissen und erkennen, daß sie Erfolge bilden sollen für Kämpfer um Menschenrecht. Und weil's den Unternehmern nun auf diesem geraden Wege nicht mehr glücken will, müssen andere Mittel angewandt werden. Weil die Streikenden selbst nicht abtrünnig werden wollen, sollen sie nunmehr durch ein Vorgehen bezwungen werden, wie sich's Schlofer nicht denken läßt. Der Arbeitgeberverband von Kiel läßt unter dem 23. August in der „Kieler Zeitung“ folgende Drohung los:

„Am Donnerstag, den 22. August cr., nachmittags fand im Innungsbaue Harmonie eine vom Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Kiel einberufene Versammlung statt, die von 82 Vertretern der Vorstände folgender Korporationen besucht war: Direktorium und Ausschuss des Arbeitgeberverbandes Kiel, Innung Baubübe, Vereinigung der Bauunternehmer von Kiel und Umgegend, Galerien-Innung, Klempner-Innung, Schlofer-Innung, Maler-Innung, Verein der Bau- und Kuchholzhandl. von Kiel und Umgegend, Tischler-Innung, Arbeitserversuchverband für das deutsche Holzgewerbe, Ortsverwaltung Kiel, Schuhmacher-Innung, Schmiede-Innung, Fäbner-Innung, Vereinigung der Holzhandwerker Kiels, Verein der Baumaterialienhändler Kiels und Umgegend, Vereinigung der selbstständigen Bildhauer und Stukkateure Kiels, Bäcker-Innung, Flechtwaren-Innung, Böttcher-Innung, Vereintigte Holzarbeiterfabriken von Kiel und Umgegend, sowie eine ganze Reihe der Arbeiterverbände nicht angehörten Mitglieder des Arbeitgeberverbandes Kiel. Nach zweistündlicher eingehender Beratung nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an:

„Die heutige Erklärung des Direktoriums und des Ausschusses des Arbeitgeberverbandes Kiel unter Einziehung der Vorstände sämtlicher Kieler Innungen und sonstigen Arbeitgeberkorporationen und der denselben fernstehenden Unternehmer besteht in dem Inhalt: Das Vorgehen des Vereins der Bau- und Holzhandl. von Kiel und Umgegend, ihre Verträge für den Verkauf von Holzwaren aller Art event. zu schließen, wird gebilligt; die Versammlung ist der Ansicht, daß die fortwährenden, von den Arbeitnehmern ausgehenden Weintrübungen in den einzelnen Gewerben in hohem Maße geeignet sind, die Allgemeinheit, wie alle Gewerbetreibenden erheblich zu schädigen. Es ist daher die einstimmige Ansicht der Versammlung, daß energische Maßnahmen ergriffen werden müssen, um dem schädigenden Treiben der Arbeitnehmer entgegenzutreten. Der richtigste Weg hierzu ist, daß die sämtlichen Arbeitgeber Kiels die zur Nothwendigkeit geeigneten Mittel und Wege gemeinsam ergreifen. Die Versammlung beschließt ferner einstimmig, daß, wenn die Holzhandlungen ihre Geschäfte wegen Mangels an Leuten nicht offen halten können und dadurch das übrige Gewerbe in die Lage kommt, ihre Arbeiten einstellen zu müssen, ihre Arbeiter zu entlassen. Die Versammlung ist sich der Tragweite dieses Beschlusses bewußt und glaubt deshalb richtig zu handeln, den endgültigen Beschluß in einer Generativversammlung des Arbeitgeberverbandes Kiel zu fassen. Das Direktorium wird beauftragt, zum Montag, den 26. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, besagte Versammlung einzuberufen und die Angelegenheit zur Beschlußfassung zu bringen.“

Also am Montag, den 26. August, soll obiger Entschluß der Holzfirmen, ihre Betriebe zu schließen, endgültig sanctioniert werden. Am Sonntag, den 25. August, konnte man aber bereits in der „Kieler Ztg.“ lesen:

„Der Streik der Holzarbeiter nötigt die Holzhandlungen, vom Mittwoch ab ihre Holzlager für die Abgabe von Hölzern zu schließen. Die Holzfirmen müssen zunächst alle ihren zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte zur Regelung der Hölzer verwenden, da diese sonst dem Verderben preisgegeben werden.“

Kann man sich eine widerlichere Komödie denken, nachdem diese Veröffentlichungen klar beweisen, wie alles ein abgekartetes Spiel ist?

Und doch dürfte kaum je in Deutschland wegen eines nichtigen Anlasses eine Ähnliche, für das Wirtschaftsleben einer großen Stadt, für die Existenz anreicher Familien größere Wahrgel von einem arbeitsunfähigen Schmaragdenerfahnen ausgedeckt worden sein, als diese. In einem gewerkschaftlich unmanigerten Gebiet legte wegen minimaler Lohnforderungen, als sie keinen anderen Ausweg sah, eine verhältnismäßig

wenig zahlreiche Arbeiterkategorie die Arbeit nieder, und nun schließen sämtliche Arbeitgeber des Bezirks ein Komplott und gehen daran, die zehnfache Anzahl von Arbeitern, die mit jener Arbeiterkategorie und ihrer Lohnforderung nicht das geringste zu tun haben, auf Straßenspaziergänger zu werfen. Wenn es ja eine qualifizierte Expression gäbe, hier liegen die Tatbestände gerade eines solchen im Flagrantem Mafse vor! Diese Arbeitgeberkategorie handelt genau so, wie wenn sie ein Kind von der Straße aufjagte, zu Kreuz zu Tritten, oder das Kind würde straflos abgeführt. So wenig wie mit einem vorliebigen Kinde auf der Straße, das unser Vergleichen anzieht, hat der Lohnkampf der Lagerarbeiter etwas mit der Masse der Arbeiter zu tun, deren sich jetzt die genannten Scharfmachereinigungen als Weiseln bemächtigen, um auf die Lagerarbeiter einen Druck auszuüben. Und wie man in dem Beispiel mit dem Kinde gewiß nicht mit Unrecht auf das allgemeine Wohlgefühl der Mitbürger, des Überfallenen spezifizieren würde, so wird jetzt versucht, den Lagerarbeitern aus ihrer rein menschlichen Solidarität mit den vielen Kaufleuten, deren Schaden man mit dem heiligen gewaltsam verlopft hat, einen Strich zu ziehen. Man hat die Arbeiterkategorie auch nur im entzweiten so brutale Mittel im Klassenkampf angewandt! Offenbar lernen die Unternehmer im Baugewerbe schon längst darauf, eine Ausperrung großen Stils der fallenden Konjunktur in ihrem Gewerbe zu begegnen. Das Publikum im weitesten Umfang aber wird auch die Kosten dieser Unternehmer-Listheit zu tragen haben, denn die durch die geplante Ausperrung bewirkte Verteuerung der Wohnungen wird natürlich aus den Wohnungsmitteln herausgeschlagen. Darum ist von dem angekündigten Streich der Scharfmacher nicht bloß die Arbeiterkategorie, sondern es sind alle Kreise der Bevölkerung bedroht, und die Gesamtheit muß sich gegen solchen wirtschaftlichen Treppentritt zur Wehr setzen.

Nun, die beteiligten Arbeiterorganisationen haben bereits Stellung zu diesem Scharfmacherstreich genommen und setzen abwartend, zunächst Gewehr bei Fuß, dem Kommenden entgegen. Wenn jene Holzhändler, die nach obigen Bericht offensichtlich das gesamte übrige Unternehmertum in Kiel beherrscht, beherrscht durch die Macht des Geldes, etwas aus der Geschichte der Arbeiterbewegung gelernt hätten, müßten sie sich selbst sagen, daß dieser, vom Käufersinn distanzierte Schritt eine Wirkung haben wird, die in Wirklichkeit nur eine vorübergehende Erscheinung bilden kann, denn selbst das größte Kapital war noch immer von der Arbeit derjenigen abhängig, auf die man jetzt aufmerksamst herabschaut und die man durchaus nicht als gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsleben ansehen will.

Vorkäufte freilich „fühlen“ sich jene „Herren“ überall oben, und das ihr Geldverdien eine gewichtige Sprache führt, erhellt auch aus folgendem Bericht einer hiesigen Zeitung:

Kiel, 17. August. Der Ton vor dem Meier Gewerbegericht. In der letzten Gewerbegerichtssitzung konnte man während der Prozesse, die in Folge des Holzlagerarbeiterstreiks stattfanden, merkwürdige Betrachtungen über die Art, wie dort das Publikum behandelt wird, anstellen. Der Hauptstammacher der Holzimporteure, Herr Gießler, erlaubte sich mit unerwartetem Selbstgefühl fürwährend Bemerkungen in die Verhandlungen hineinzuworfen. In einem Falle griff dieser streikbare Herr von der Zuhörerbank aus direkt in die Verhandlung ein, gab seine Meinungen kund und machte Vorschläge. Der Vorsitzende ließ überhaupt von Herrn, trotzdem er bei der Sache nicht beteiligt war, ruhig ausreden, ohne ihn in seine Schranken zu weisen. In einer der folgenden Verhandlungen redete ein etwas erzürnter Arbeiter in eigener Sache dazwischen, als sein Gegner, Auslagen machte, die er für unrichtig hielt. Demselben Mann ergring es ganz anders wie Herrn Gießler; er wurde sofort ganz energisch aufgefordert, ruhig zu sein und zu schweigen, wenn andere redeten. Auch wir sind natürlich dafür, daß im Interesse einer glatten Erledigung der Geschäfte vom Vorliegenden strengste Aus Ordnung gehalten wird, aber dann soll auch kein Unterschied zwischen Arbeitern und Unternehmern gemacht werden. Um jeden Fall aber, wenn schon eine „individuelle Behandlung“ der Projektarbeiten angebracht erscheint, verbiete eher eine gewisse Nachsicht der Arbeiter, denn seine soziale Lage nicht die gleiche Möglichkeit der formalen Bildung gewährt hat, wie dem meist aus einer „guten Kinderkniebe“ hervorgegangenen Unternehmer. Beim Gewerbegericht ist es überdies doch durch die Natur der dort verhandelten Geschäfte und die ganze Anlage des Gerichts ausgeschlossen, daß Massenurteile eine Rolle spielen. Sollten die häufig recht jugendlichen Vorstenden, die aus einem ganz bestimmten sozialen Milieu mit ihren Vorurteilen herauskommen, sich in dieser Hinsicht maunfakt „verzeihen“, so ist das gewiß nicht besonders traurig zu nennen, aber dann haben wenigstens die Arbeiter-Vertreter nach dem Rechten zu sehen. Wir hätten diese Bemerkungen nicht gemacht, wenn uns nicht schon hiezu Mitteilungen über solche Ähnlichkeiten im Ton“, der vor dem Gewerbegericht Arbeitern und Unternehmern gegenüber beliebt wird, zugegangen wären. Auch die Zuhörer müssen manchmal ähnliche Erfahrungen machen. So nahm sich in derselben Sitzung, von der oben die Rede war, als sich der Gerichtshof ins Beratungszimmer zurückgezogen hatte, der mehrfach erwähnte Herr Gießler heraus, den Sachverhältnissen der Arbeiter, der sich falsch ausdrückt hatte, oder falsch verstanden worden war, in ungeschickiger Weise zur Rede zu stellen, ja sogar durch Schimpfwörter grob zu beleidigen. Erst nachdem der Herr seinen Herzen gehörig Luft gemacht hatte, schloß sich schließlich der anwesende Stabstreiter voraus, zu bemerken, daß solches sich nicht pass-

Wenn aber Arbeiter sich über ihre Sache im leisen Gespräch unterhalten, dann ist der Herr Stabstreiter gleich bei der Hand, sie zurechtzuweisen und darauf aufmerksam zu machen, daß Unterhaltungen nicht geführt werden dürfen.

Nach über bearbeitetes Prozedentum geht das Rad der Zeit hinweg und zermahlt alles, was sich ihm in den Weg stellt. Für unsere Kollegen allerorts mögen auch diese Vorlesungen als Lehre dienen, durch unermüdbare Agitation und Ausfärbung unsere Reihen zu stärken. Und unseren kämpfenden Holzlagerarbeitern kann um besten geschehen werden, wenn alle Berufsfolger für energische Fernhaltung etwaigen Zuguges Sorge tragen und stets des Spruches eingedenk sind:

Unser Sieg ist auch der Eure!

Vom Kaiserstreik im Algäu.

Als Kaufleuten wird gemeldet: Der Streik in Kaufleuten ist beendet. Die Arbeitgeber haben mit sämtlichen Streikenden unter Leitung des Bürgermeisters und unter Aufsicht der Vertreter der Organisationen folgenden Vertrag geschlossen: Von den 28 im Streik stehenden werden 23 sofort eingestellt, die übrigen fünf nach Bedarf. Bei Aufnahme der Arbeit gilt der alte Lohnsatz von Kempten. Der Vertrag soll in sechs Wochen von Bürgermeister und sämtlichen Beteiligten unterzeichnet werden. Der neue Lohnsatz wird sich nach Kempten richten und hat rückwirkende Kraft bis 1. September. Kempten hat also den Ausschlag zu geben.

Die Stimmung der Streikenden in Kempten ist nach wie vor ausgezeichnet, die Organisation ist auf einen länger dauernden Kampf gefaßt und willens, ihn mit aller Energie durchzuführen. In einer Bekanntmachung: Wahrheit gegen Wahrheit, teilt, können die Arbeitgeber die in Blättern veröffentlichten Feststellungen der Streikenden nicht entkräften, die Unternehmer schreiben ja selbst: Wahrheit gegen Wahrheit! Um die Wehrforderungen der Arbeiter von einer ganzen bis höchstens zwei Markt möglichst hoch hinzustellen, rechnen die Unternehmer den Kemptener vor, wie viel das — pro Jahr ausmacht! Die ganz natürliche Forderung der Arbeiter, daß künftig der Arbeitsnachweise der Organisation in erster Linie mitbenutzt werden soll, nennen die Unternehmer eine denüigende und prooziierende Forderung, die den äußersten Mißstand herausfordert! Und doch ist gerade diese Forderung von den Arbeitern gar nicht als Hauptforderung betont worden. Ferner rühmen sich die Unternehmer, daß sie 80 pCt. der Stellen bereits vergeben hätten. Wenn dies der Fall wäre, wäre der Streik beendet, allein das ist nicht wahr. Die Unternehmer arbeiten nur mit Leuten, die sie von den Sennen gestellt erhalten, die aber als ständige Arbeiter überhaupt nicht in Frage kommen können.

In Memmingen gab sich der Gewerbebericht alle mögliche Mühe, Verhandlungen anzubahnen, allein die dortigen beiden Unternehmer lehnten mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Arbeitgeberverbandes in Kempten jede Verhandlung vorerst ab. In Memmingen ist kein Streikbrecher zu verzeichnen.

In Ulm machen die Unternehmer alle Anstrengungen, Streikbrecher in ihre Betriebe zu bekommen. Die Streikposten werden verschiedentlich beunruhigt und gereizt. Herr Wilhelm Müller stellte am Eingang seines Geschäftes polierte Wehrer auf mit der Aufschrift: „Küßelächgen für Streikposten“, und die Firma Bauer zierte ihr Haus mit der deutschen Fahne nebst der Aufschrift: „Zur Ehre der streikenden Kaiser“. Auf Anordnung der Polizei mußten Säule und Fahne wieder entfernt werden. Die Firma Fröhlich bietet Agenten für Lieferung eines Streikbrechers 20 Mark Provision. Die Streikenden halten hier gut zusammen, die Situation ist günstig. In Ulm ist der verlangte Mindestlohn von 22 Mark (in Kempten 19 Mark!) bereits zugesagt.

In der ultramontanen Presse wird der Versuch gemacht, den christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband, dessen Mitglieder in Kempten beim Kaiserstreik offen Streikbrochen werden, in Schutz zu nehmen. So finden wir in der „Angsbürger Volkszeitung“ eine Note, in der zuerst ausgegeben wird, daß in Kempten 15 Christliche „weiterarbeiten“. Die Note fährt aber dann fort:

„Tatsache ist es, daß die Leitung des christlichen Verbandes in schärfer Weise gegen das Verhalten der Kemptener Arbeiter Stellung genommen hat. Eine solche Note ist nur geeignet, die christlichen Gewerkschaften in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Die christlichen Gewerkschaften treten prinzipiell für die Durchführung berechtigter Forderungen ein und lehnen es niemals ab, solche Forderungen auch mit den Gegnern zu vertreten. Wenn die Kemptener Mitglieder des Verbandes eine andere Haltung eingenommen haben und auf ihr Risiko, ohne Wissen der Zentralleitung, gegen den Willen der Arbeiter einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, so kann die Zentrale keine Verantwortung übernehmen, und es kann ihr auch wegen einer solchen Sache kein Vorwurf gemacht werden. Es ist daher eine Unrechtheit der sozialdemokratischen Presse, dem Hilfs- und Transportarbeiterverbände überhaupt den christlichen Gewerkschaften Vorwürfe zu machen.“

Ein größeres Armutszeugnis kann den Leitern des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes garnicht ausgestellt werden, als es hier durch die ultramontane Presse geschieht. Die „Unverantwortlichen“ leiten zwar den christlichen Zentralverband, sie sind die großen Strategen, die in Kaufleuten mobil machen, während ihre eigenen Truppen in Kempten in den Rücken stellen. In Kaufleuten, wo die Christlichen wenigstens anfangs die Führung hatten, wurden inzwischen der Streik beendet, Lohnaufbesserungen wurden aber nur dann gewährt, wenn solche in Kempten erkämpft werden. In Kempten verzichten aber die Mitglieder des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes nach wie vor Streikarbeit. Und da hat man wirklich noch den Mut, die Zentralleitung, die auf ihre Mitglieder keinen Einfluß hat und die keinen Finger rührt um die Streikbrecher öffentlich zu brandmarken und sie vielleicht so zur Weimung zu bringen, in Schutz zu

nehmen. Wahrscheinlich eine saubere Zentralleitung, die Krieg führt, während ihre Truppen Verrat üben! Die christlichen Gewerkschaften, verleiht die Augsburgen Volkszeitung, lehnen es niemals ab, berechnete Forderungen auch mit den Gegnern zu vertreten. Sehr schön gesagt. Aber die „Gegner“, die freien Gewerkschaften, müssen es ablehnen, mit einer disziplinlosen Masse zu arbeiten, auch wenn diese Masse eine sogenannte Zentralleitung besitzt. Der christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband ist nicht bündnisfähig und er scheint es auch nicht werden zu wollen, da er Streikbrecher als Mitglieder duldet und sich auch noch, wenn man die Streikbrecher beim richtigen Namen nennt, in seiner Presse über eine solche „Unrechtheit“ aufhält. Wir wiederholen, was wir schon früher gesagt: in Kempten treiben die christlichen Arbeiterverrat, das kann nicht wogegleugnet werden.

Gewerkschaftliche Kundschau.

Verfolgungen der Gewerkschaften in Moskau.

Wie zu erwarten war, hat die „wohlwollende“ Aufmerksamkeit, die die politische „Mafia“ in letzter Zeit gegenüber den Gewerkschaften an den Tag gelegt, zu verärrlichen Verfolgungen der Arbeiterorganisationen geführt. In Moskau ist in den letzten Tagen eine ganze Reihe Gewerkschaften auf administrativen Wege geschlossen worden: der Textilarbeiter-, Färberei- und Appreturarbeiter-, Weberei- und Strickerarbeiterverband usw.

Zusammen mit den früher aufgehobenen sind in Moskau während der letzten Monate im ganzen 25 Gewerkschaften mit ca. 30.000 Mitgliedern auf administrativem Wege geschlossen worden.

Der Feldzug gegen die Gewerkschaften beschränkt sich jedoch nicht auf Moskau allein. Die Arbeiterorganisationen werden allort mit größter Strenge verfolgt. So wird aus Minsk berichtet, daß zwei der größten Gewerkschaften der Bauarbeiter- und Metallarbeiterverband, geschlossen worden sind. Aus Estonsland wird berichtet, daß die Gefahr der Schließung des Buchdrucker- und Lederbandes beilegt worden ist. Den Vertretern dieser Gewerkschaften ist es gelungen, den Beweis zu erbringen, daß die Beschuldigung, als beschäftigten sie sich mit Politik (!), vollkommen grundlos ist.“ Die Hauptaufmerksamkeit der Administration ist jetzt auf die großen Industriezentren gerichtet, was zuzusehen gehabt hat, daß auch die Petersburger Gewerkschaften, die bisher in relativ günstigen Verhältnissen lebten, das Schicksal der Moskauer Gewerkschaften teilen müssen. Dieser Tage wurden in Petersburg eine große Reihe Gewerkschaften geschlossen und ihre tätigen Mitglieder verhaftet. Am 9. August erschien die Polizei im Lokal des Druckerarbeiterverbandes, wo gerade eine Sitzung des Vorstandes und anderer Verbandsorgane stattfand. Alle Anwesenden — mehr als 60 Personen — wurden nach peinlicher körperlicher Insultation verhaftet; Verbandsbücher und verlegene Dokumente wurden konfisziert. Am selben Tage wurde eine Sitzung des Metallarbeiterverbandes aufgehoben, wobei 30 Personen arreiert wurden. Am vorhergehenden Tage sind dafelbst 60 Personen verhaftet worden. Ist es nicht klar, daß wir hier ein ganz bestimmtes System vor uns sehen?

Während der hilflosen Oloberige 1905 eroberten die Arbeiter Aufstände einigermaßen die Möglichkeit, ihre gewerkschaftlichen Organisationen auszubauen. Sie mußten darauf diese Möglichkeit in so ausgebreiteter Weise aus, daß die Gewerkschaften sich zur Hauptbasis der russischen Arbeiterbewegung, zur wichtigsten Form der Massenorganisation der Arbeiterklasse gestaltete.

Es ist daher vollkommen begrifflich, daß die Regierung in ihrem Bestreben, alle Organisationsversuche der revolutionären Schichten des Volkes zu unterdrücken und die Reihen ihrer gegenwärtig schon organisierten Feinde in Unordnung zu bringen, sich mit der ganzen Schwere ihrer Repressionskraft auf die Gewerkschaften stützt, weil diese die Massenorganisation revolutionärer Kräfte bilden.

Aus unserem Beruf.

Droschkenführer.

Strafe muß sein. Wenn einmal ein Droschkenführer von irgend einer Anklage freigesprochen wird, so muß sich doch betrefsenden Amts oder auch Staatsanwalt ein gewisser Kerger bemächtigen, daß ihnen wieder mal ein Opfer entronnen ist. Bei genannten Herren, wenn auch vielleicht nicht bei allen, scheint die Ansicht vorherrschend zu sein, daß ein Angeklagter unter allen Umständen schuldig ist, wenn sonst wäre er doch nicht in Anklagezustand verfeht. Ist aber nun ein Angeklagter freigesprochen, so erachten sie, wie es scheint, für ihre heilige Aufgabe, ihr ganzes Denvermögen aufzubieten, um diese oder jene Freisprechung illusorisch zu machen.

Irgend ein Paragraph oder eine nach Ansicht der Herren nicht genug gewürdigte Zeugenaussage muß herhalten, um Gründe für die gegen das freisprechende Urteil eingelegte Berufung ins Feld zu führen. In der Berufungsbegründung wird dann mit vielem Scharfsinn, den in alle Staats- und Amtsanwärter mehr oder weniger besitzen, nachzuweisen versucht, daß das freisprechende Urteil aufgehoben werden müsse und der Angeklagte zu verurteilen sei.

Deshalb ist die Freude unserer Kollegen, wenn sie einmal schon in erster Instanz freigesprochen werden, weitestehend verfehlt. Dies hat einer unserer Kollegen kürzlich wieder erfahren müssen. Derfelbe hatte einen Strafbescheid in Höhe von 5 Mk. erhalten, weil er während der Fahrt eine Zigarette geraucht haben sollte. Gegen diesen Strafbescheid erhob er Einspruch, weil er an und für sich Nichtraucher ist.

In der Verhandlung vor dem Schöffengericht ergaben sich auch bei der Aussage des Schuhmanns, welcher die Anzeige erstattet, Widersprüche, und der Kollege wurde freigesprochen. Dies war aber nicht nach dem Herzen des Herrn Amtsankwalts und deshalb legte er Berufung ein, welcher er eine handlungsgegenständliche Begründung beifügt, welche, wenn wir sie wiedergeben wollten, mindestens 100 Zeilen in Anspruch nehmen würde. Schade ist es um das schöne Bavier, was da vollgeföhren, und dies alles um eine Haarre, welche gar nicht geraucht worden ist. Es wird abzuwarten sein, wie sich die Strafkammer hierzu stellt; vor dieser wird demnach das schwere Vergehen zur Verhandlung kommen.

Schutzmannsberuf. In jeder Nummer könnten wir spaltenweise Artikel bringen, welche das Benehmen der Ausschichtsbeamten den Drochsenführern gegenüber veranschaulichen. Wir können uns jedoch nur auf die markantesten Fälle beschränken und bringen wir vorläufig folgenden zur Kenntnis, welcher wieder einmal so recht beweist, daß es einzelnen Beamten nur darauf ankommt, um unter allen Umständen Anzeigen zu erstatten.

Am 21. August d. J. vormittags hatte ein Kollege seine Frage, welche zu dem Hofphotographen wieder wollten, vor dem Hause Platziersfr. 130 abgeleitet. Als er im Begriff war, weiter zu fahren, wurde er plötzlich von einem Schuhmann angehalten und ihm vom Beamten, ob er nicht wisse, daß er dort nicht halten dürfe. Der Kollege antwortete dem Beamten, daß er dies nicht wisse, worauf er von dem Beamten die Antwort erhielt, daß er ihm etwas zu kommen lassen werde, damit er sich dieses merke.

Der Kollege fuhr nun nach der anderen Seite hinüber, um sich die Adresse seines Fahrgastes geben zu lassen. Als er diesem den Sachverhalt vortrug, befragte dieser selbst den Schuhmann, warum er den Drochsenführer zur Anzeige bringen wollte. Darauf antwortete dieser, nur deshalb, weil er frech gewesen wäre, wozu natürlich gar nicht die Rede sein kann.

Als sich der Kollege zu seinem Fuhrwerk begab, kam der Schuhmann hinterher und meinte, er würde ihm nun anzeigen, weil er sein Fuhrwerk ohne Aufsicht stehen lassen. Doch traf dieser Fall keineswegs zu, denn der Kollege hatte einen jungen Mann das Fuhrwerk zur Aufsicht übergeben, worauf er auch den Schuhmann aufmerksam machte. Als diesem hier Gefährliches recht wohl zur Evidenz hervor, daß wir nicht ganz Unrecht haben, wenn wir behaupten, daß es einzelnen Beamten nur darauf ankommt, Anzeigen zu erstatten. Wenn möchten wir, ob das Kl. Polizeipräsidium mit dieser von dem Beamten beliebigen Praxis einverstanden ist.

Frankfurt a. M. Vergehen gegen das Postgesetz. Eine gewisse Firma verhielt sich alljährlich zu Weihnachtsan und ihre Anzahl größerer Kataloge. Um Porto zu sparen, ließ sie diese Kataloge durch ihren Chauffeur in die Nachbarschaft fahren und von ihm dort als Ortsfindungen an die einzelnen Kunden zur Post geben. So geschah es z. B. in Gießen und in Würzburg. Am 1. Dezember d. J. kam der Chauffeur auch mit einem Paket auf dem Postamt in Wehlar an, um die Kataloge als Ortsfindungen aufzugeben. Er war an diesem Tage, da der Motorwagen der Firma in Reparatur war, mit der Fahrt gefahren und hatte das Paket als Expressgut geschickt. Als der Chauffeur auf dem Postamt in Wehlar das Paket öffnete, wurde er von einem Postbeamten beobachtet, der dann seinem vorgesetzten Vorgesetzten den Vorgang mitteilte. Diese sah sich die Kataloge der Firma an und fand, daß diese eigentlich als Briefe hätten befördert werden müssen, da sie „gedenkliche Mitteilungen“ enthielten. Die Firma muß nämlich auf der ersten Seite der Kataloge zum Besuche ihrer Geschäftsräume ein. Auch hätte das Paket nicht als Expressgut geschickt werden dürfen. Ferner ist wegen des großen Gewichtes eine Verbesserung als Ursache anzusehen gewesen. Deshalb setz her § 27 des Reichspostgesetzes vom 28. Oktober 1871 verletzt worden. Aber nicht die Firma, sondern der Chauffeur ist strafbar. Das Schöffengericht sprach in seiner Sitzung vom 1. Juni d. J. den Chauffeur frei. Die Strafkammer aber war gegenständlicher Ansicht. Sie verurteilte den Chauffeur zur Zahlung des vierfachen Betrages des Portos im Gesamtbetrage von 69,20 Ml. Wahrscheinlich wird sich das Reichsgericht noch mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Basel. Der Verein „Baseler Drochsenführer“ hatte, um die traurigen Verhältnisse seiner Mitglieder einer Verbesserung zu unterziehen, den Drochsenführern folgende Forderungen unterbreitet:

- 1. Pro Tag 3 Frs. Lohn.
- 2. 10 pCt. der Einnahme.
- 3. 2 Frs. Deputatvergütung pro Tag.
- 4. Zwei freie Tage im Monat vom Oktober bis März, einen freien Tag vom April bis September.
- 5. Bei längerer Dienstzeit 2-3 Tage Ferien.

Die Führer verhielten sich den Forderungen gegenüber ablehnend. Daraufhin wurde in einer am 30. Juni abgehaltenen Vereinsversammlung beschlossen, in den Ausschuss zu treten.

Die Kollegen verpflichteten sich, bei einer Waise von 100 Ml., die Arbeitslose Beschäftigung des Vereins nicht wieder aufzunehmen. Am Morgen des 1. Juli führten im ganzen 3 Wagen, davon waren 3 durch Bestler geführt, einem unferer Kollegen war erlaubt, zu fahren und nur einer wurde zum Streikbrecher.

So gingen die Dinge bis zum 5. Juli, wo in der Vormittagsversammlung bekannt gegeben wurde, daß zwischen 11 und 12 Uhr die Kausier sich in den Geschäftsinhabern einfinden sollten, um ihren rückständigen Lohn in Empfang zu nehmen.

Bei der Auszahlung des Lohnes konnte sich nun ein Herr Joseph Weiger, — trotzdem er in der Versammlung abgelehnt hatte, als Mitglied der Kom-

mission zu fungieren, — sich nicht mehr enthalten. Ohne Wortliche des Vereins trat er mit seinem Prinzipal in Unterhandlungen und gab sich mit den Versicherungen, welche die Kommission bereits erhalten, zufrieden.

In der Nachmittagsversammlung rühmte sich dann G., noch seines Berrais und führte aus, daß es nur ihm allein zu danken sei, wenn die Kollegen nun wieder arbeiten könnten. Leider gelang es G., noch einige Kollegen aus seine Seite zu bringen, so daß infolge dieses Betratts der ausschließliche Streik abgebrochen werden mußte.

Trotzdem kann von einem Erfolg desselben gesprochen werden, da sämtliche kleinen Betriebe die Forderungen der Kausier bewilligten. Nur die zwei großen Betriebe „Baseler Drochsenanstalt Setzelen“ und „Allgemeine Drochsenanstalt Gebr. Keller“, konnten nicht dazu veranlaßt werden, den Forderungen der Kausier Konzessionen zu machen.

Die Streikbrecher wurden in der darauf folgenden Vereinsversammlung ausgeschlossen.

Handelsarbeiter.

Das Handlungsgehilfen-Blatt bringt folgende Notiz:

„Die Schuldigen. Nach Herrn v. Elm sind an dem Konflikt zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften nur die bösen Gewerkschaftler schuld; die Genossenschaftler sind die unschuldigen Lämmlein. Das Gebären eines solchen unschuldigen Lämmleins wollen wir im nachstehenden schildern.“

Adolph v. Elm ist Geschäftsführer der Tabakarbeitergenossenschaft und im Ehrenamt zugleich Vorsthender des Tarifamtes deutscher Konsumvereine. Als solcher geht er natürlich den übrigen Genossenschaftsführern mit gutem Beispiel voran. Nennstlich ist von ihm geleitete Tabakarbeitergenossenschaft Arbeitsträger, so nennst er sich an den Arbeitsnachweis der zuständigen Gewerkschaft — sollte man vermuten. Nein, das tut Adolph v. Elm nicht; er inseriert in einer Tageszeitung, da Adolph v. Elm im Ehrenamt auch Mitglied der Prekommission des hamburgischen Arbeiterblattes, des „Hamburger Echo“ ist, so zeigt er wohl die offeneren Stellen in diesem Blatte an — sollte man vermuten. Nein, das tut Adolph v. Elm nicht, als neutraler Genossenschaftler kann er auch nur in einem „neutralen“ Blatte annoncieren, und zwar sucht er seine Arbeitsträger in „Generalanzeiger für Hamburg-Altona“. Am 12. Juli 1907 brachte der „Generalanzeiger für Hamburg-Altona“ folgende Anzeige der Tabakarbeitergenossenschaft:

„Kräfte. Hilfsarbeiter gef. Wochenlohn 18 Ml. Paulinen-Allee 16.“

Es war nicht nur der Ausdruck einer verärgerten Stimmung, die v. Elm zu diesem Schritte verleitete. Nein, er hat sich bei der Anstellung von Personial schon früher dieses für ihn „nicht mehr ungenüßlichen Weges“ bedient. Der bisherige Inhaber des erwähnten Hilfsarbeiterpostens war gleichfalls durch Inserat in „Generalanzeiger für Hamburg-Altona“ gesucht worden, ihm war aber der Wochenlohn von 18 Ml. zu wenig und als sich eine günstige Gelegenheit bot, ließ er Herrn v. Elm im Stich und stel als Streikbrecher den Seeletzen in den Rücken. Das hat, wie gesagt, Herrn v. Elm nicht getört, wiederum in „Generalanzeiger für Hamburg-Altona“ zu inserieren.

Wir versagen uns, die Handlungsweise des Herrn v. Elm zu kritisieren und müssen es uns verlagern, da wir für ein solches Verhalten keine parlamentarisch zulässigen Worte finden. Worauf es uns ankommt, ist die Tatsache, in welcher schmählicher Weise der Vorsitzende des Tarifamtes deutscher Konsumvereine mit den Gewerkschaften umspringt und was daher auf seine Betuerungen zu geben ist, wenn er sich in die Genossenschaften als die unschuldigen Lämmlein in dem Konflikt mit den Gewerkschaften hinstellt. Wenn schon die Tabakarbeitergenossenschaft so handelt, deren Geschäftsführer zugleich Vorsthender des Tarifamtes deutscher Konsumvereine ist, dann kann man ermeßen, wie andere Genossenschaften bestrebt sind, sich „mit den Gewerkschaften auf guten Fuß“ zu stellen.

Schließlich spricht ja auch der Umstand, daß ein solcher Mann sich als Vorsthender des Tarifamtes wählen läßt und gewählt wird, ganze Hände.“

Wir werden selbstverständlich zu dieser Sache Stellung nehmen.

Breslau. Nach 25 jähriger treuer Pflichterfüllung auf Straßenspielfelder gelebt, dieses nicht mehr tellene Vorkommnis mußte der Hausdiener Alois Hanfel bei der Firma A. Gutentag (Jhb. Brunsviger), Menschenstraße, wieder einmal erleben. 25 Jahre von früh 6 bis abends ½ Uhr hatte er dem Kapital tagtäglich für den horrenden Wochenlohn von 18 Ml., seine Kräfte geopfert, bis ihm sein Schicksal erreichte. Welches war nun der Grund zur Entlassung?

Ein Schneider, welcher für die Firma Arbeit geleistet, verlangte für dieselbe seinen Lohn; die Firma verweigerte die Zahlung, weil die Arbeiten nicht zur Zufriedenheit ausgeführt waren. Als nun der Schneider der Aufforderung, sich zu entfernen, nicht Folge leistete, forderte der Chef den Hausdiener auf, den Schneider hinauszuwerfen. Dies tat der Hausdiener nicht, infolgedessen wurde er entlassen. Es war wohl menschlich, wenn der Hausdiener sich zu einer berechtigten Handlung nicht hinreihen ließ.

Ferner hatte Herr Brunsviger eine passende Gelegenheit, seinen alten Hausdiener los zu werden. Eingeschoren fällt ins Gewicht, daß der Kollege seit längerer Zeit eine tranke Frau hat, was der Firma bekannt war, und trotzdem wurde er aus Pfaffen geschick.

Dem Kollegen ist jetzt Zeit gelassen, über die Praktiken der Unternehmerr nachzudenken, und kann jeder Angestellte im Handelsgewerbe das eine daraus lernen, daß Lebensstellungen, Funktionen sind, daß wir bei passender Gelegenheit ebenfalls fliegen können.

Darum, ihr Handelsarbeiter, setzt beiseite für bessere Arbeitsbedingungen, schließt euch zusammen zu einer starken Organisation, nur so können wir dem Arbeitgeber entgegenzutreten.

Wenn nicht weitere Opfer folgen sollen, und wir nicht weiter so miserabel bezahlt werden sollen, müssen wir Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes werden.

Dresden. Die Markthelfer und Lagerarbeiter der Eisenhandlung von Hering u. Seyditz hatten sich zwecks Aufbesserung ihrer Lohnverhältnisse an die Verbandsleitung gewandt. Die Löhne dieser Kollegen schwankten zwischen 18-21 Ml. Letzteren „hohen“ Lohn erzielten Kollegen, die schon 2 e h u Jahre im Betriebe beschäftigt waren. In einer Betriebsbesprechung wurden die miserablen Lohnverhältnisse einer scharfen und berechtigten Kritik unterzogen. Es wurde an die Organisationsleitung das Ersuchen gestellt, eine Lohnbewegung in die Wege zu leiten, um die Löhne einer Aufbesserung zu unterziehen. Die Forderungen wurden mit Zustimmung der Ortsverwaltung wie folgt festgestellt:

- 1. Der Anfangslohn soll betragen 21 Ml. pro Woche und jährlich steigen um 1 Ml. bis zum Höchstlohn von 26 Ml.
- 2. Allen im Betrieb tätigen Arbeitern wird ein Sommerurlaub von 3 Tagen gewährt.
- 3. Diese Bestimmungen haben für die im Betriebe bereits Beschäftigten rückwirkende Kraft.

Diese vorstehenden Forderungen wurden mit einem höflichen Bescheid und einer ausführlichen Begründung von der Verbandsleitung an die Firma Hering und Seyditz angeschlossen. Eine Antwort soll aber noch heute an uns eintreffen. Die „noble“ Firma hielt das nicht für notwendig. Wir ließen uns aber nicht irren machen, sondern telephonierte dieselbe an und ersuchten um eine mündliche Unterredung. Diese wurde uns von dem anwesenden Prokuristen preisig abgelehnt. Nunmehr wählten die in Betracht kommenden Kollegen eine dreigliedrige Kommission, welche in ihrem Auftrag die Forderungen persönlich dem Unternehmer überreichte. Derselbe wollte nun den vier jüngsten Kollegen je 1 Ml. Lohnzulage gewähren, die allen Kollegen mit 21 Ml. Wochenlohn sollten aber leer ausgehen. Damit waren die Kollegen nicht einverstanden, und es wurden die aufgestellten Forderungen aufrecht erhalten.

Eine nochmalige Vorstellung beim Fabrikherrn der Firma verließ abermals resultatlos. Daraufhin begaben sich sämtliche Kollegen, unter den bisherigen Verbändlungsleiter weiterzuarbeiten. Die Verbandsleitung konnte diesem Verlangen nicht mehr entgegen treten, und so traten an demselben Morgen sämtliche Kollegen in den Streik. Verhandlungen, welche von unserer Seite angeboten wurden, lehnte die Firma hartnäckig ab.

Dieselbe holte nun Arbeitswillige aus allen „Arbeitsnachweisen“ und Menen zusammen, um ihren Betrieb wieder flott zu machen. Inwiefern ihr das gelungen ist, beweist die Zahl der Arbeitswilligen. Vor dem Streik waren 12 Kollegen im Betriebe beschäftigt; nach 14 tägiger Dauer des Streiks befinden sich sieben Arbeitswillige in denselben. Trotzdem labelt die Firma von starkem Anbrang der Arbeitswilligen. Wie groß derselbe ist, zeigte obige Zahl.

Der Firma ist aber andere Hilfe zu teil geworden; die bei ihr beschäftigten jungen Kaufleute fliegen, umgürtet mit der Sachkürze, in das Lager und berichtigten die Arbeit der Streikenden. Trotzdem wollte es nicht klappen. Es wurde weiter versucht, die Arbeiter auch anderer Eisenhandlungen zur Streikarbeit heranzuziehen. Dieser Versuch schiederte aber vollständig an der Solidität dieser Kollegen. Mit welchen Mitteln die gekerbte Firma vorgeht, sei dadurch bewiesen, daß Kollegen, welche nur einige Wochen mit den Streikposten sprachten, bei ihren Arbeitgeber demütert wurden. Den gewöhnlichen Erfolg konnten die edlen Herren „leider“ nicht damit erzielen.

Die streikenden Kollegen stehen fest und sind gewillt, auszuhalten, bis der Kampf erfolgreich beendet ist. Daß die Firma mit ihren „Maukräutern“ nicht zufrieden ist, geht aus einer Neuerung des Produktens hervor, daß es so wie jetzt nicht weiter gehen könnte. Wenn die Herren wieder Ordnung in ihrem Betriebe haben wollen, so mögen sie die minimalen Forderungen der Streikenden anerkennen. Mit den „Arbeitswilligen“ kann die Firma so wie so keinen Saal machen.

Unser Bedingungen sind jetzt außer der Anerkennung unserer Forderungen; Wiedereinstellung aller 12 Ausständigen, sowie Anerkennung der Organisationsleitung. Willt die Firma also den Frieden, so möge sie diese Bedingungen annehmen.

Transportarbeiter.

Brandenburg a. S. Durch die gemerksichten Zeitungen wird ein Artikel geschickt, der sich mit dem Vorfalle beschäftigt, welcher sich in der Wohnung unseres Kollegen Franz Währle abspielte hat. Der Artikel lautet:

Die geistigen Waffen der Sozialdemokratie.

Ein Arbeiter hat mit voller Namensunterschrift im „Brandenburger Anzeiger“ folgendes veröffentlicht: Wie es einem organisierten Arbeiter gehen kann, wenn er nicht mehr mitläßt, sondern aus dem Verband ausscheidet will, mag folgender Vorfalle zeigen, der mir gestern, Montag vormittag, passierte ist. Um mein Buch zurückzufordern, begab ich mich in die Wohnung des Kassierers des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes Franz Währle, Währd. 1. Auf mein Verlangen um Auslieferung des Mitgliedsbuches wurde ich von diesem schroff abgelehnt, als ich auf die Rückgabe bestand, an der Druck geacht, zur Erde gedrückt und gemißhandelt, so daß ich im Gesicht mehrfache Verletzungen davontrug. Ueber die erlittenen Verletzungen habe ich mir ein ärztliches Attest ausstellen lassen,

Sich übergebe die Kenntnis dieser menschenfreundlichen Behandlung der Öffentlichkeit, vielleicht dient der Vorgang manchem zur Warnung.

Anton Porawski.

Sa, welche Lust, „Genosse“ zu sein.

Dieser Bericht wurde mit schmerzlichem Behagen von der gegnerischen Presse aufgegriffen als ein weiterer Beweis für den „Terrorismus“, der in den freien Gewerkschaften herrsche. Über wie schon so oft, mußten auch diesmal die Herren nachträglich eingesehen, daß sie furchtlich vorbegehlichen hatten. Ihr Schlingel, der terrorisiert sein sollte, hatte sie angebogen.

Unser Kollege Wähle schildert den Vorgang wie folgt: Der Arbeiter B. trat am 12. März 1906 zum ersten Male in den Verband ein, am 29. August jedoch schon wieder aus. Dieses Jahr kam er am 11. März und ließ sich wieder aufnehmen. Bei dieser Gelegenheit fragte ich denselben, wie lange er denn diesmal im Verband zu bleiben gedachte. B. gab ausweichende Antwort. Nachdem derselbe dann 4 Wochenbeiträge gezahlt hätte, trat er wiederum aus. Am Montag, den 29. Juni, mittags, kam B. in meine Wohnung und fertigte sein Mitgliedsbuch mit der Begründung, er wolle zum Fabrikarbeiter-Verband überitreten. Darauf aufmerksam gemacht, daß das Mitgliedsbuch Verbandseigentum sei, er auch auf Grund der Statuten wegen Rückständigkeit der Beiträge nicht mehr als Mitglied zu betrachten sei, fing er an zu schimpfen. Ich ermahnte ihn zur Ruhe und machte ihn darauf aufmerksam, daß sein Verhalten als Hausfriedensbruch zu betrachten sei. Jetzt schlug er mich ein und ich sah mich gezwungen, ihn abzuwehren. Ich gebe zu, daß B. dabei den Kürzeren gezogen hat. Uebriens wird sich derselbe wegen seines Verhaltens noch vor Gericht zu verantworten haben.

Der größte Teil der Zeitungen brachte auf Verlangen des Kollegen Wähle eine Verhöhnung, nur der „Gewerbetreibende“, das Zentralorgan der Christlich-Deutschen Gewerkschaften, konnte sich die überaus günstige Gelegenheit, den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften eine auszuweisen, nicht entgehen lassen und brachte den Artikel ohne Verhöhnung. Es war ja auch zu schade um den fetten Hapen.

Bunzlau. Nachstehende Resolution wurde in der am 29. v. M. abgehaltenen Mitgliederversammlung einstimmig angenommen und an die Kgl. Eisenbahndirektion zu Breslau mit näherer Begründung abgefasst:

Resolution.

„Die heut im Galtsau zur Hoffnung tagende Versammlung der Bunzlauer Transportarbeiter gibt ihr lebhaftes und berechtigtes Bedauern kund, daß die seiner Zeit wegen Verlegung der Zufuhrstraße auf diesem Güterbahnhofe abgebrochene Bedürfnisanstalt (Abort mit Wasser) noch nicht wieder aufgestellt ist.“

Da in Ermangelung derselben verdeckte und nicht zu übersehende Plätze des Güterbahnhofes, ja selbst Eisenbahnwagen verunreinigt werden, so glauben die Bunzlauer Transportarbeiter, es wird nur dieses Hindernis beseitigen, um daß in dieser Beziehung recht bald Abhilfe geschaffen wird.“

Unterm 12. v. M. ging uns nun folgendes Schreiben zu:

„An Stelle des abgebrochenen Aborts wird auf dem Bahnhofe Bunzlau auf dem Lagerplatz ein neuer Abort in den nächsten Tagen errichtet werden. Unterschrift unterfertigt.“

Die Organisation ist bestrebt, auf allen Gebieten zu helfen.

Essen a. d. M. Ein schöner Erfolg. Was die Organisation den Kollegen einbringt, wenn sie einzig sind und ihre Pflicht tun, das hat wieder folgender Tarif gezeigt, welcher mit der Brodfabrik Julius Simmen Söhne und ihren Ausführe am 15. v. M. abgeschlossen worden ist.

Lohnartik.

Zwischen der Brodfabrik Julius Simmen Söhne und den im Betriebe beschäftigten Ausführe, sowie dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Essen-Muldr.

A. Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit bleibt bestehen wie bisher, da eine anderweitige Regelung derselben durch die Verschleidenheit der einzelnen Zentren ausgeschlossen ist. Sonntagsarbeit soll möglichst vermieden werden.

B. Lohn.

Der Lohn beträgt pro Woche 28 Mt.; für neu-eingewillende Ausführe Anfangslohn 26 Mt., halbjährlich steigend um 1 Mt. bis zum Höchstlohn von 28 Mt.

C. Spezen.

Jedem Ausführe sind pro Tag 0,50 Mt. Zehrgeb zu vergüten.

D. Lohnzahlung.

Die Lohnzahlung erfolgt jeden Freitag.

E. § 616 des B. d. G. l. - Buchs.

Als eine „verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit“ im Sinne des § 616 B. d. G. l. gilt: Wenn die Beschäftigungsdauer weniger als ½ Jahr beträgt: 1 Woche, 1 bis 2 Jahre: 2 Wochen, mehr als 2 Jahre: 3 Wochen.

Diese Ausführe vorwissen lassen das beiderseitige Kündigungsrecht unberührt und gewähren keinerlei Ansprüche über das Ende der Dienstzeit hinaus.

Der Ausführe hat sich jede gesetzliche Entschädigung anrechnen zu lassen, welche ihm für die Zeit der Verhöhnung zukommt.

F. Kündigung. Die Kündigungsfrist ist beiderseitig eine vierzehntägige.

G. Allgemeine.

Sämtlichen Ausführe wird, vom 1. Januar 1907 an gerechnet, ein Sommerurlaub gewährt. Derselbe beträgt nach einjähriger Dienstzeit fünf Tage, nach zweijähriger zehn Tage und nach dreijähriger Dienstzeit vierzehn Tage unter Fortzahlung des Lohnes bezw. Gehalts.

Maßregelungen wegen Durchführung dieses Tarifs dürfen nicht stattfinden.

Dieser Tarif gilt vom 1. September 1907 bis zum 31. August 1910. Es bedarf zwecks Aufhebung einer gegenseitigen sechsmonatlichen Kündigung, andernfalls gilt er als auf ein weiteres Jahr verlängert.

Essen, den 15. August 1907.

Für die Firma: gez. Julius Simmen Söhne.

Für die Ausführe: gez. Fritz Orgeb.

Für die Organisation: gez. Otto Dörr.

Es hat mich in die Lohnkündigung von rund 6 Mt. die Woche sachte gestoßen, oder jährlich 312 Mt., sowie wurde ein Sommerurlaub von 5 Tagen bis nach 3jähriger Dienstzeit von 14 Tagen gewährt. Kollegen! Jetzt heißt es tüchtig weiter arbeiten und das Ertrugene festhalten, und auch die anderen Indifferenzen sind noch fernstehenden Kollegen ausgerichtet, jetzt ihnen, wo sie hingehen, leert ihnen den Wert der Organisation kennen, dann werden sie auch endlich zu dem Bewusstsein kommen, ihr Teil in dem Deutschen Transportarbeiter-Verband zu suchen, anstatt wie heute noch in den machtlosen unzähligen Fußgängervereinen. Deshalb auf, Kollegen, zur tüchtigen Arbeit, daß 3. Quartal hat gut eingesetzt, auf der ganzen Linie ist ein Fortschritt zu verzeichnen, deshalb tue ich jeder seine Pflicht, dann geht es auch vorwärts mit aller Heiter und Hasser.

Königsberg i. Pr. In den bürgerlichen Blättern wurde dieser Tage durch Inzerate von allen möglichen Vereinen, Arbeitsverbänden, Aktien-Gesellschaften usw. der Welt mitgeteilt, daß der Kommerzienrat L. Lewandowski verstorben ist. Von allen Seiten werden seine hervorragenden Eigenschaften gepriesen. Auch wir wollen nicht unterlassen, dieses Dahingeschiedenen zu gedenken, nur nicht in derselben Weise, wie es von den obengenannten geschieht ist. Die Kapitalisten Königsbergs haben einen schweren Verlust erlitten, denn der Verstorbene war einer der Ibrigen; er hat für seine und ihre Interessen in der rührigsten Weise und unter Anwendung aller Mittel gekämpft. Und er behauptet sich mit Vertrauen dieser Welt, denn er war Vorführer des Arbeitgeberverbandes für Holzindustrie und Handel. Er selber hat die Ausbreitung der Arbeiterkontrollen verstanden und es dadurch auch bis zum Millionär gebracht. Seine Kapitalisten beutele er nicht nur in der hand-darstellendsten Weise aus, sondern er behandelte sie oben-drein noch erbarlich. Unvergessen bleibt der Kampf, den unsere Genossen im vorigen Jahre führen mußten, als sie das Sach nicht mehr länger ertragen konnten. Sie mühten in den Streik eintritten, um sich die — sechshündig Arbeitszeit, den 30 Pf.-Stundenlohn und die Herausgabe eines Arbeitsbuchs zu erringen. Obwohl er sich selbst organisiert hatte, konnte er sich dazu nicht bereit erklären, die Organisation der Arbeiter anzuerkennen. Als die Arbeiter in den Streik traten, war der Kommerzienrat Lewandowski bereit, welcher es dahin bringen wollte, daß Tausende von Arbeitern auf die Straße gesetzt werden sollten, daß Tausende Arbeiter mit ihren Familien dem Hunger preisgegeben werden sollten, nur damit er die Kollegen weiter in der schlimmsten Weise aus-beuten konnte. Die Namen der Streikenden wurden auf eine schwarze Liste gesetzt und ein Teil davon noch besonders unterfischten als die Hauptstörer. Ja, er ist noch brutaler vorgegangen; das Versprechen, welches er im vorigen Jahre bei der Einigung gab, daß er keinen wieder der Zugehörigkeit zum Verbands- oder wegen Teilnahme an der Lohnbewegung entlassen werde, hat er nicht gehalten; sämtliche Kommissionsmitglieder sind für die geringfügigen Ver-forderungen entlassen worden, bis auf einen, dieser hat aber Verrat an seinen Kollegen gelübt, und deshalb konnte er im Betriebe bleiben. Alle Arbeiter, die 20 Jahre im Betriebe ihre Knochen abgerackert haben, wurden brutal auf's Strafmaß abgerackert. Wir wollen hier nur an Kollegen Gause erinnern, der über 20 Jahre dort beschäftigt gewesen und vor ein-igen Monaten ohne Grund entlassen wurde, vor dem noch aus einer in Umlauf gesetzten schwarzen Liste erwartet wird, weil er wegen Aufwiegelung entlassen ist. Durch diese Tat hat der Mann seine ganze Brutalität vollständig offenbart. Der Tod hat jetzt der Rasigler und Brutalität des Mannes, um den heute die Kapitalisten und deren Handlanger trauern, ein Ende gemacht.

Aber Kollegen, wir brauchen nicht zu denken, daß damit auch das Schien ist; andere werden in des Kommerzienrats Lewandowskis Fußstapfen treten, darum sei alle auf dem Posten, tut eure Pflicht in der Organisation, damit, wenn im nächsten Frühjahre Verbesserungen im Tarif geschaffen werden sollen, wir gerüstet da stehen.

Leipzig.

Die Uhr der Zeit läßt nicht zurück sich stellen, denn vorwärts drängt der Zeiger ohne Paß. Und all das Vordräng wird und muß geschellen. Das kennend in des Raabes Speichen laßt.

(Freitaglath.)

Gerade die jetzige Jahreszeit, in der sich die be- sitzenden Klassen in den Wädem und Sommerfrischen

an der See oder im Hochgebirge von ihrem Nicht-tun erholen, läßt es den Arbeitern am besten scheinen, daß es in unserer herrlichen Weltordnung doch recht ungerecht zugeht; daß der eine Teil der Menschen vor Reichthum, Langleblichkeit und Wohlleben nicht wech, was er anfangen soll, und daß der andere Teil der Menschheit sich plagen und schinden muß, um nur das trodene Brot essen zu können.

Zu den letzteren gehört unzweifelhaft auch das Personal der Leipziger Wollend-Dauergesellschaft, nicht nur weil in diesem Betriebe noch bis jetzt die eis-fühnigste Arbeitszeit bestand, nein, auch der Lohn so-wie die Behandlung von seiten der Vorgesetzten lassen auch noch sehr viel zu wünschen übrig.

Obige Gesellschaft betreibt hier am Orte neben einer großen Deconomie-Wirtschaft, verbunden mit Fuhrbetriebe, auch noch ein Mörtelwerk, in welchem ungefähr mit den dazu gehörigen Professionisten 80 Arbeiter beschäftigt werden.

Auf Grund der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse, welche in diesem Institut bestehen, sind es denn zum größten Teil auch nur ausländische Arbeits-brüder, welche dort in Arbeit treten, denn Leipziger Arbeiter müssen mehr verdienen, wenn sie allen ihren Verpflichtungen gerecht werden und ihre Familien ernähren wollen. Aber auch den anspruchlossten, ausländischen Kollegen wurde es mit der Zeit zu toll, sie suchten und fanden den Weg zur Organisation und veran-lasht dieselbe, ihre wirtschaftliche Lage aufzubessern zu helfen.

Gemeinsam mit den in diesem Betriebe tätigen gelernten Arbeitern (Schmiede, Gießmacher und Ma-schinstellen und Zeiger) wurden Forderungen aufgestellt und eingelernt, auf welche die Geschäftsleitung der W. G. gar nicht antwortete. Arbeiterforderungen (selbst dieser Firma überhaupt bösmische Dörfer zu sein. Daß die Direktion auf die bestehenden Forderungen der Arbeiter nicht einmal eine Antwort übrig hatte, ist charakteristisch und selbig denn auch dem Maß den Boden aus. Am 22. August trat das Ge-samtpersonal des Mörtelwerks in den Streik. Die Arbeits-einstellung erfolgte außerordentlich, es war nicht ein einziger Arbeitswilliger zu verzeichnen und erheben war es anzusehen, wie die ausländischen Arbeiterbrüder, die zum Teil nicht deutsch sprechen noch verstehen können, sich vertrauensvoll in die Ob-hut ihrer hiesigen Kollegen begaben. Es schien uns bei diesem Anblick, als sei auch die Zeit vorüber, too das Unersehene mit die billigsten ausländischen Arbeitskräfte gegen die ein besseres Brot kampfenden Arbeiter ausstieße. Es hülte uns, als sei der Zer-gewalt an der Uhr der Zeit um ein gutes Stück vor-wärts gerückt.

Den Verhandlungen, welche sich bei der Direktion der W. G. zum Zweck der Verhandlungen zur Ver-fügung stellten, wurde mitgeteilt, daß die Verhand-lungen erst einmal mit einer Kommission aus der Mitte der Arbeiter verhandelt werden sollten, würde da-bei keine Einigung erzielt, so sollten die Verbands-leitungen in Funktion treten.

Der gewünschte Kommission gelang es in zwei-wöchiger Verhandlung, der Direktion folgende Juge-ländnisse abzurufen: Die Arbeitszeit wird um eine Stunde pro Tag verkürzt, daß aber im Winter nicht weniger als 8 Stunden pro Tag betragen. Der Min-destlohn beträgt in Zukunft 42 Pf. pro Stunde (bis jetzt wurden 32 bis 38 Pf. pro Stunde gezahlt). Die Ueberstunden werden in Zukunft mit einem Zu-schlag von 33% pEt. vergütet. Die Lohnzahlung er-folgt von jetzt ab Freitag. Jeder ein Jahr im Be-trieb tätige Arbeiter erhält 8 Tage Ferien. Die pünk-tliche Einhaltung der Pausen sowie bessere Behandlung wurde zugesichert. Auch wurde ein, aus der Mitte der Arbeiter zu wählender Arbeiterausschuß anerkannt.

Angesichts dieser Zugeständnisse beschloffen die Streikenden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Ist dieses Abkommen auch nicht tariflich festgelegt, so dürfte sich aber doch die Direktion der W. G. verpflichtet fühlen, alle diese Versprechen einzulösen, um den Arbeitern nicht die Gelegenheit wieder zu geben, mit der Macht der Organisation einprägen zu müssen. Denn die Arbeiter in diesem Betriebe haben ein-gesehen, daß nur eine strenge Organisation ihr Hel-fen sein kann und werden das jetzt erreichte nur als Abschlagszahlung hinhinnehmen. Durch kollegialstes Verhalten werden sie bestrebt sein, ihre junge Organi-sation zu bestelligen, um sich mit deren Hilfe bessere Lage des Defizits verschaffen zu können.

Wenn schon bricht an des Morgen's Schimmer; Seht Ihr das Nachgepöhl berechnen? Die Reite bricht und fällt in Schimmer; Die Arbeit hoch! Sie wird t. u!

München. Auch die hiesigen Arbeitgeber fühlen das Bedürfnis, unter die Schärzlinge zu gehen. Die fortschreitende Entwicklung unserer Organisation hat es ihnen angehen. Kürzlich haben die Herren fol-gendes Zirkular versandt:

Verband der Arbeitgeber des Münchener Trans- ports-, Handels- und Verkehrsgewerbes. München, den 12. August 1907.

Sehr geehrter Herr!

Der Verband der Münchener Arbeitgeber im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe erlaubt sich hiermit, Ihnen mitzutheilen, daß am Freitag, den 16. August, abends 8 Uhr im Preussischen Palais, Prunnstraße Nr. 7, Saal 2, eine Versammlung der Interessenten stattfinden wird, zu welcher Sie hiermit ergebenst eingeladen sind.

Angesichts der fortwährend steigenden Forde-rungen der Arbeitnehmer, die in der eben jetzt wie-der erfolgten Kündigung des Vertrages mit dem Möbeltransporteurten Ihren bescheidenen Anstand ge-funden haben, werden die Arbeitgeber solange nicht davon behauptet sein, alljährlich unaufhörliche weite-re Lohnforderungen betätigen zu müssen, bis Sie

sich, wie in anderen Städten längst geschehen ist, dazu aufstehen, der Organisation der Arbeitnehmer eine solche der Arbeitgeber entgegenzusetzen. Das dies an anderen Orten bereits geschehen ist und auch am hiesigen Orte für die Holz- und Kohlenbranche der Fall ist, wird Ihnen zweifellos bekannt sein. Ebenso wird Ihnen bekannt sein, daß erst im vergangenen Winter ein ziemlich lebhafter Kampf in der Holz- und Kohlenbranche stattgefunden hat, der mit dem Siege der Arbeitgeber endete, und der vom Verbande der Arbeitgeber erfolgreich durchgeführt wurde. Daß nur ein Arbeitgeberverband der so jetzt geschlagen und vorzüglich funktionierenden Organisation der Arbeitnehmer einigermaßen das Gleichgewicht zu halten vermag, liegt auf der Hand. Der Gegner, der uns gegenübersteht, ist ein gewaltiger und nach dem vorzüglichen Muster der sozialdemokratischen Gewerkschaften organisierter. Die bisher schon zutage getretene Einseitigkeit in der Führung der Kämpfe wird sich noch mehr geltend machen. Es ist daher wohl an der Zeit, daß in München der Versuch gemacht werde, durch einen allgemeinen Zusammenschluß der Arbeitgeber den Lauf der Dinge gestandener zu unseren Gunsten zu verändern. Nicht eine ausgesprochene Kampforganisation sollen wir werden, allein durch gemeinsamen zielbewußten Willen für den Fall eines Angriffs wollen wir einen um so gerechtere und dauernden Frieden gewährleisten. Angedacht dieser Verhältnisse und der speziell im Transportgewerbe für die allernächste Zeit drohenden weiteren Anforderungen an die Arbeitgeber, sind eine größere Anzahl hiesiger Firmen zu einem Arbeitgeberverband zusammengetreten. Die weitere Ausdehnung dieses Arbeitgeberverbandes ist auf alle anderen Branchen, die Fuhrleute, Packer, Lagerarbeiter und dergleichen beschäftigen, in Aussicht genommen, so daß sich dieser Arbeitgeberverband zu einem, wie gehofft wird, Allgemeinen Münchener Arbeitgeberverband gestalten wird, unter Anleitung, Führung und Kartellierung mit anderen, bereits bestehenden ähnlichen Verbänden.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit Ihre Aufmerksamkeit nur ganz allgemein auf den Umstand lenken, daß ein solcher Arbeitgeberverband für Sie gleichbedeutend mit Ihrer Selbstachtung ist, auch wenn Sie nicht beabsichtigen, mit der Arbeitgeberorganisation zu verhandeln, resp. deren Sache für sich als gültig anzunehmen. Gleichviel ob mit der Organisation verhandelt wird oder nicht, die Aufgabe bleibt stets bestehen, daß auch diejenigen Arbeiter, die der Arbeitgeberorganisation nicht angehören, entsprechend denjenigen, die es tun, entschuldigt werden müssen. Wenn also die Organisation für die organisierten Arbeiter die Löhne heraufschraubt, so müssen wolens auch diejenigen folgen, die mit unorganisierten Arbeitern arbeiten. Daß ein derartiger Verband, wie der neu gegründete der Arbeitgeber, den Mitgliedern auch gewisse Verpflichtungen auferlegen muß, ist klar. Die Verpflichtungen sind nach reiflicher Überlegung und langer Debatte auf das äußerste Maß des Zulässigen beschränkt und gehen nicht über das absolut notwendige hinaus. Wenn dagegen in Verdrängung gezogen wird, welche Leistung die Arbeiter ihrer Organisation gegenüber erfüllen, so muß man sagen, daß die Ansprüche, die vom Verband an seine Mitglieder gestellt werden, dagegen ganz unbedeutend sind. Wie erst vor kurzem in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ ausgeführt wurde, erreichen die von den Arbeitern zu leistenden Beiträge die enorme Höhe von 5 bis 7 Pct. ihres gesamten Einkommens. Ein solcher Opfermut seitens der Arbeiter wird nun allerdings durch die seit Jahren steigenden Löhne mit Recht belohnt, so daß in den letzten acht Jahren nach statistischen Ergebnissen an 6 Millionen Mark Löhne in Deutschland mehr bezahlt werden allein an Transportarbeiter. Die Arbeitgeber, die sich scheuen, sollten, selbst die geringen Opfer zu tragen, die ihnen ein derartiger Verband wie der mirrige auferlegt, hätten sich nicht zu bekümmern, wenn sie jedes Jahr mit neuen Lohnforderungen zu rechnen haben, die den Gehalt viel tiefer in Anspruch nehmen, als die täglichen Zuschüsse, die ein derartiger Verband erfordert.

Aus obigen Ausführungen werden Sie erkennen, daß es auch für Sie von Wichtigkeit ist, dem Arbeitgeberverbande beizutreten und her, wie oben angegeben, andermaßen Veranlassung bezuweilen, weshalb wir bestimmt auf Ihr Erscheinen zählen.

**Sochtachtungsvoll
Verband der Arbeitgeber des Münchener Transport-,
Handels- und Verlegergewerbes.**

Für unsere Kollegen gilt es jetzt, doppelt wachsam zu sein und mit vermehrter Kraft an die Ausdehnung der Organisation zu denken. Rästest, all die Stützen und Pfeiler stehen auf und zeigt ihnen an der Hand dieses Artikels, was kommt, wenn sie ihre Gleichgültigkeit nicht aufgeben.

**Stettin. Die Lage der Kollegen auf
den Kohlenplätzen.**

Durch Fleiß und Kraft
man Vieles schafft.

Dieses Motto sollten die Kollegen eifrig auch mal für sich gelten lassen, denn für andere, die Arbeitgeber, hat es bis heute geolien, d. h. die Kollegen haben durch ihren eigenen Fleiß, durch ihre eigene Kraft für andere Vieles Geld, Reichum, Wohlstand geschaffen, ohne irgendetwas selbst aus dem Poch der Arbeit heraus- und auf einen grünen Zweig zu kommen, oder jenes Alter das Altersrentenrente zu verdingen zu können. Selbstlos, nur für andere gilt der Fleiß, werden die Körperkräfte hinangegeben, so lange es eben geht. Und wenn es nicht mehr geht,

dann erfolgt der so beliebte Fuhrtritt. Schen wir uns das mal die hiesigen Kohlenfirmen an, wie j. B. Sebhäusler, Schöll u. Co., Radmann u. Co., Stange u. Co. und noch so verschiedene andere. Wer hat am meisten zur gegenwärtigen Größe der Firmen beigetragen? Doch nur einzig und allein die Arbeiter. Wie viel Kollegen sind schon infolge der Mark und Knoschen ausstehenden Arbeit, viel zu früh für ihre Familien dem Voloch Kapitalismus zum Opfer gefallen. — Vergessen. — Und wieviel Kollegen werden noch denselben Weg der Vergessenheit wandern? Wie lange wird es unter diesen Verhältnissen noch weiter gehen? Bis die Kollegen sich aufrufen, sich ermannen und gemeinsam mit der gesamten Arbeiterschaft diesem System ein ganz energisches Halt entgegenzusetzen.

Die Löhne stehen in gar keinem Verhältnis zu der aufzunehmenden Arbeit. An und für sich sind die Löhne in Stettin als der Zeit entsprechende nicht anzusehen, bedürfen also sehr der Aufhebung. Wenn dies schon durchschlüssig notwendig ist, so tritt dies bei den Kollegen auf den Kohlenplätzen in erhöhtem Maße zu. Nichts einseitiges, nichts geregeltes hier der hier bei der Lohnzahlung Anwendung. Hier Afford, hier Tagelohn, hier Wochenlohn, ein buntes Gemisch. Uns sind Plätze bekannt, wo diese Arbeit im Tagelohn und jene im Afford vergeben wird, ja, wo selbst die in Tagelohn arbeitenden Kollegen noch mit zweierlei Maß gemessen werden. Diese erhalten 4 Mk. und jene 3,50 Mk. Tagelohn. Man bedenke, für Arbeit in Kohlenhandlungen 3,50 Mk. Tagelohn und dann noch 11 Stunden Arbeitszeit, noch nicht ganz 32 Pf. für die Stunde. — Nun glaube man aber etwa nicht, daß diese Arbeit irgendeiner Aufzäumungsarbeiten auf dem Platze sind. Für diesen horrenden Lohn wird verlangt: Ent- und Beladen der Wagen auf dem Platze und Abtragen der Kohlen bei der Stadtmüllschiff. Eine derartige Entlohnung haben die Kollegen bei der Firma A. B. Schöll u. Co. Nicht viel besser steht es in Pankoll Entlohnung bei der größten hiesigen Kohlenfirma Sebhäusler u. Co. Die Arbeitszeit ist hier ebenfalls eine 11stündige, wenn nicht noch kurz vor Feierabend ein Dampfer so und jodelt Keitner Kohlen haben will. Für die Kollegen aber, welche in der Stadt abtragen, ist eben Feierabend, wenn alles erledigt ist. So kann es vornehmen, daß es 9 Uhr und auch manchmal noch später wird. Eine Bezahlung der Ueberlösung kennt man hier nicht, ebenso wenig eine Vergütung auf den Afford (Bei dieser Firma wird alle Arbeit im Afford gemacht.) Eine genaue Festlegung der Bezahlung für die verschiedenen Arbeitsteilungen existiert nicht. Es hängt hier allerdings im Kontrast eine Aufstellung aus, wo man suchen muß, was für diese oder jene Arbeit gezahlt werden soll. Wir sagen suchen in u. b., da meistens in dieser Aufstellung statt der Angabe der Bezahlung der Vermerk „bis...“ steht. Am Lohnzahlungstage wissen die Kollegen wohl, was sie geschafft, aber niemals, wieviel sie verdient haben. Der gesamte Wochenverdienst eines Platzes wird am Zahlung unter den Arbeitern dieses Platzes aufgeteilt. Hierdurch wird es den Kollegen unmöglich gemacht, eine Berechnung vornehmen zu können. Eine genaue Festlegung der Bezahlung, sowie eine zeitgemäße Erhöhung der Löhne wäre auch hier sehr angebracht. Man darf diese Firma, eine Aktien-gesellschaft, aber schlechten Geschäftsjaahr durchaus nicht tadeln. Sie zahlte im letzten Geschäftsjahr neben reichlichen Abschreibungen und einem Aufschuß von 40.000 Mk. an die Beamtenunterstützungskasse 12 Pct. Dividende. Und was gab man den Arbeitern? In den letzten Jahren wurden von der Firma Ausschüsse veranstaltet, und hier durfte auch das Arbeiterpersonal daran teilnehmen. Herr Direktor Müller hielt hier die köstliche Ansprache und ließ sich dann hinterher anhören, unterließ sich jedoch nicht mit diesem oder jenem um — lange wohnlich sogar mit der Frau eines Arbeiters. Hinterher kamen dann lange Lobpreisungen über das schöne Fest und das joviale Verhalten der Herren Direktoren und sonstigen Vorgesetzten, und über das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Angestellte in der heutigen Presse.

Die Firma Wilhelm Sadtler reißt sich den beiden Würdigen an in Ausübung der Arbeitskraft der Kollegen. Hier wird ein Wochenlohn von 21 Mk. gezahlt, bei einer Arbeitszeit von morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr. Hier ist ein häufiger Wechsel an Arbeitern an der Tagesordnung. Eine derartige lange Arbeitszeit, verbunden mit schwerer körperlicher Arbeit muß den stärksten, robustesten Körper bald herunterbringen. Nicht unerwähnt können wir die Firma L. H. Krause u. Co. lassen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind ähnliche wie bei den beiden zuerst genannten Firmen. Also verbesserungsbedürftig. Was hier aber bringend geschaffen werden müßte, ist ein Pausenbalkraum, im Winter natürlich heizbar, für die Kollegen. Dieser Betrieb gibt ein recht drahtisches Beispiel von der vielgepriesenen Gemüthsamkeit und Verhältnisthugabe des hiesigen Arbeiters. Nicht ein Raum steht hier den Kollegen zur Verfügung, um bei Regenwetter wenigstens ihre Oberbekleidung trocken halten zu können. Für den Hofbetwahrer, oder wie man den Herrn sonst tituliert, hat man eine heizbare Werkstube. Dies bewirkt so recht, wie hoch man den Arbeiter einschätzt. Dies sind Dinge, wo die Kollegen nicht hartnäckiger drüber wegsehen, sondern ganz eifrig drüber nachdenken sollten. Dann würden sie recht schnell merken, daß es zwei Sorten Menschen gibt: Unterdrücker und Ueberdrücker.

Die Firma Stange u. Co. beschäftigt wohl die meisten Arbeiter, d. h. im Jahresdurchschnitt und zwar insofern, weil hier die Kollegen nicht lange Stand halten und infolgedessen ein häufiger Wechsel an Arbeitskräften eintritt. Fast in jeder Woche liest man im hiesigen „General-Anzeiger“:

**„Kräftige Arbeiter verlangen W. Stange
u. Co., S. m. b. S.“**

Schon ein Blick in die Arbeitsordnung genügt, um zu erfahren, was hier für ein Wind weht. So sagt der § 3: „Die regelmäßige Arbeitszeit beginnt des Morgens um 6 Uhr, abends richtet sich der Geschäftsschluß ganz nach dem Gange des Geschäftes, zeitweise wird um 7 Uhr, zeitweise um 8 Uhr geschlossen, doch kommen auch Zeiten vor, wo bis 9 Uhr und noch später gearbeitet wird. Ein weiterer Paragraph spricht von der Lohnzahlung. Es heißt dort: „Der von uns festgesetzte Afford- und Tagelohn wird täglich nach beendeter Arbeitszeit ausbezahlt. An jedem ersten Arbeitstage jeder Woche werden jedem Arbeiter für die Faltung von Handwerkszeug, für die Hof- und Entlohnungsarbeiten 60 Pf. pro Woche weniger Lohn ausbezahlt.“

Die Firma geruht aber auch ihren Arbeitern nicht zu gestatten, den Durst zu löschen. Aber nur zu den Mahlzeiten ist das Trinken den Mitarbeiter in mäßiger Weise gestattet. Wie beachtet man auf die Gesundheit der Arbeiter ist. Trotz dieser großen Versorgung der Firma und den Zeitverlust, den die Arbeiter beim Trinken während der Arbeitszeit haben könnten, soll es vorkommen, daß die Kollegen hier in Afford weniger verdienen als die Kollegen in anderen Betrieben im Wochenlohn. Um aber auch die Arbeiter vor übergroßen Schwandagen, verursacht durch zu hohen Verdienst, zu schützen, hat man wohlweise Fürsorge getroffen. Es heißt nämlich in dieser Arbeitsordnung: „Die festgesetzten Affordlöhne können jederzeit, ohne vorherige Kündigung, von den Arbeitgebern erhöht (z. B.) oder herabgesetzt werden und bedarf es einer besonderen Einverständniserklärung von Seiten der Arbeiter nicht.“ Man sieht also, es ist alles wohlweise durchdacht zum Besten der — Arbeitgeber!

So wie bei den vorstehend genannten Firmen sind die Zustände mit mehr oder weniger starken Abweichungen bei allen größeren am Platze befindlichen. Auf einzelnen Plätzen ist es Sitte, daß der Hofbetwahrer an die Arbeiter Getränke verkauft. Den Kollegen ist oftmals der Verdacht aufgefallen, daß die Arbeiter zuerst Beschäftigung erhalten, welche die Woche hindurch am meisten verzehrt haben.

Bei den kleineren Firmen sind die Verhältnisse eher schlechter, wie besser. Wochenlohn von 18, 19 auch 20 Mk. sind hier gang und gäbe. Hier sind dann die Kollegen in den meisten Fällen Arbeiter und Kutscher in einer Person. Die Entlohnung der Kutscher kann man als gute ebenfalls nicht betrachten. Beiraag noch die Höchstlohn für diese Kollegen nur 21,50 Mk., die meisten erhalten aber weniger. Daß hier noch derartige traurige Zustände herrschen, ist aber nur einzig und allein Schuld der großen Zahl Kollegen, welche immer noch nicht für unsere Ideen zu haben sind. In letzter Zeit allerdings scheint es sich auch bei diesen Kollegen zum Besseren zu wenden. Hoffentlich bleibt es nicht nur bei dem Schein. Zeit wird es endlich, daß die Kollegen sich zusammenstehen und für ihre Interessen eifrig eintreten. — Geben uns doch die Arbeitgeber aus dieser Branche ein gutes Beispiel. Diese haben sich in Stettin zu sammelgetan, um den Preis für Kohlen in die Höhe zu schrauben. Um nun diesen ungünstigen Verhältnissen auf den Kohlenplätzen ein halbwegs Ende zu bereiten und die nötigen Verbesserungen zu schaffen, ist es unbedingt nötig, daß sich jeder Kollege, auch der letzte, aufruft, sich mit den übrigen Kollegen vereinigt und so gemeinsam mit diesen die Zustände in den verschiedenen Betrieben prüft. Nur gemeinsam wird es möglich sein, Verhältnisse auf den Kohlenplätzen zu schaffen, wie sie jeder aufrichtige Kollege nur herbeiwünschen kann; wo jeder Kollege weiß, was er für die Arbeit bekommt und was er am Zahlung für Lohn zu fordern hat, damit niemand von den Kollegen durch diesen oder jenen Irrtum bei der Berechnung zu kurz kommen kann.

Also Kollegen, auf allen Plätzen an die Arbeit! Einet in die Organisation, werbet Mitglied im Deutschen Transportarbeiter Verband!

**Wiesbaden. Die Kollegen am Dre langen
an zu begreifen, daß sie als Einzelne machtlos dem
Unternehmertum gegenüber sind und schließen sich in
immer größerer Zahl unserer Organisation an. Die
Früchte dieser Erkenntnis bleiben denn auch nicht aus.
So ist es uns gelungen, mit der Firma P. Wirtel
folgende tarifliche Vereinbarungen abzuschließen:**

Tarifliche Vereinbarungen

zwischen der Firma Julius Wirtel, Kohlen-Fuhr-
geschäft, und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband.

1. Arbeitszeit.

Dieses bleibt wie bisher, soll jedoch möglichst auf 10 Stunden beschränkt werden (bisherige Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends) und wird von einer ½ stündigen Frühstückspause, eine ½ stündigen Mittags-, und einer ½ stündigen Vesperpause unterbrochen.

2. Lohn.

Alle Arbeiter erhalten einen Wochenlohn von 27 Mk. ohne Abzug der Kranken- und Invalidenbeiträge.

Ueberstunden werden mit 60 Pf. pro Stunde vergütet.

Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich am Freitag.

3. Verschiedenes.

Den Arbeitern wird ein heizbarer Raum zum Trodnen und Einnehmen der Wäsche, sowie Waschtüffel und Sandbüchel zur Verfügung gestellt.

Bei länger als 14 tägiger Tätigkeit im Geschäft werden bei Krankheit die ersten 2 Tage vom Geschäft bezahlt.

Für Knechtentende ist in den ersten 4 Wochen die Kündigungsfrist ausgeschlossen; nach dieser Zeit

Ist die Kündigung beiderseits eine 14 tägige. Maßregelung und Entlassung wegen Zugehörigkeit zum Verband findet nicht statt.

4. Gültigkeitsdauer. Diese Vereinbarungen treten mit dem heutigen Ist Kraft und haben bis zum 1. April 1908 Gültigkeit. Erfolgt seitens der Kontrahenten am 15. März 1908 keine Kündigung, so sind diese Vereinbarungen ein weiteres Jahr gültig.

Wiesbaden, den 7. August 1907.

Für die Firma: gez. Julius Würfel.

Für den Verband: gez. Friedrich Faust.

Allen Kollegen, welche der Organisation noch fernstehen, möchte diese Erregung ein Ansporn sein, der Organisation beizutreten. Deshalb Kollegen, nicht gesandert, hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband!

Brandenburg a. S. Vor kurzer Zeit konnten wir hier in Brandenburg über eine Lohnbewegung beim Fuhrunternehmer B. Kraatz berichten, die nach abschließendem Streik zu unseren Gunsten beendet wurde. Da die Kollegen Ausschuss auf strenge Einhaltung des Erbreiten halten, suchte Herr Kraatz die Organisatoren einzeln zu entlassen. Seine eigenen Worte sind: 'Bei mir bleibt keiner auf dem Hof, der im Deutschen Transportarbeiter-Verband ist.' So sind jetzt in ganz kurzer Zeit drei Kollegen aus dem Betrieb hinausgekommen und dafür wurden junge Leute, die seinem Verband angehören, eingestellt. Bei der Einstellung wurden dieselben gefragt, ob sie dem Verbands angehören, wenn ja, bekommen sie keine Arbeit. Wenn Herr Kraatz damit denkt, den Verband in Brandenburg verschwinden zu machen, wird er sich ganz gewaltig täuschen. Der Deutsche Transportarbeiter-Verband ist schon mit ganz anderen Arbeitgeber als Herrn Kraatz fertig geworden und wird auch bei gegebener Zeit sein Bestehen in Brandenburg fühlen lassen.

Coepenitz. In der 'Gewerkschaftsstimme', dem Abdruck für 'Wahrheit und Recht', versucht der Bezirksleiter der Christlichen, der Demagoge Neumann, der einem Jesuitenschüler aus M. Gladbach Konkurrenz machen könnte, seinen Reinsfall in Coepenitz mit allen ihm zur Verfügung stehenden Waffentönen zu beschönigen. Seine Hauptaufgabe, für die er von Unternehmern und den Beiräten der durch ihn verführten Schichten begabt wird, besteht ja darin, Sprengversuche in den Reihen der selbstgewählten Arbeiter anzustellen. Wenn er um seinen Auftragsgeber zu beweisen, daß er nicht umsonst auf der Welt ist, zu Unwahrheiten greift, braucht uns dies nicht besonders Wunder zu nehmen. Ein allerchristlicher Grundsatz lautet ja: 'Der Zweck heiligt die Mittel.'

Um Insultieren zu können, daß die Versammlung gut besucht sei, hatte der Kapuze Neumann, Kriegervereinleiter und alle sonstige erreichbaren gutgeheimmten Arbeiter eingeladen. Ein gutes Duzend Zwangsmittelglieder war dieser Einladung gefolgt. Wenn nicht unsere Kollegen zahlreich vertreten gewesen wären, hätte der Referent vor leeren Stühlen sprechen müssen. Aus Wut darüber und weil es ihm nicht gelang, auch nur ein einziges Schäßchen für den christlichen Hammelstall einzufangen, griff er zu bodenlos gemeinen Verdächtigungen. Er behauptete, die Mitgliederbeiträge würden in den modernen Gewerkschaften nicht im Interesse der Mitglieder verwandt. Darauf verlangten die Anwesenden, daß Neumann die Beweise dafür anzutreten über den Auspruch zurückzunehmen hätte. Da dies nicht geschah, verließ die 'roten Genossen' die Versammlung. Wer nun in diesem Falle sich 'losgelacht' benommen hat, das zu beurteilen überlassen wir dem gesunden Sinn der Öffentlichkeit.

Wenn nun von N. weiter behauptet wird, unsere Kollegen wären zum lässlichen Angriff übergegangen, so ist dieses alle Märchen von den Christlichen schon so oft aufgeklärt worden, daß man sich eigentlich wundern muß, daß die christlichen Herren zur Zeit noch am Leben sind. Auch die Jeremiade vom dem jämmerlich verhauchten Führer der Christlichen, von dem unsere Kollegen 'Schmudd und Miß' wissen sollen, beruht auf freier Erfindung und wird, trotzdem schon so oft widerlegt, von diesen schwachsinnigen Apologeten immer wieder aufgelesen.

Im übrigen legen wir in Coepenitz dem Ansturm der schwarzen Garde keine solche große Bedeutung bei, daß wir uns die Köpfe zerbrechen, wie diesem bestimmten Einhalt zu tun sei. Für uns ist nur nötig, den Herren ihre bis jetzt begangenen Taten vorzuhalten, und sie müssen an ihren eigenen Tügen erschauern.

Am Schluß erlauben wir uns die Frage: Warum wird man nicht beklüßter wegen der Vorgänge in Obersiebenbrunn? Oder sollte dies wieder Schwimdel sein?

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Chemnitz. Eine ziemlich erregte Versammlung tagte am 21. August in der 'Reichshalle' in Chemnitz. Die Tagesordnung lautete: Die Entlassungen bei A. Th. Schubert und das Verhalten der alten Ausschüsse gegenüber unsern Kollegen. Der Gauleiter machte ungefähr folgende Ausführungen: 'Bei Schubert, Stadträtin, schied sich die Reihen unserer dort beschäftigten Kollegen recht auffällig. In den Entlassungen schied ein gewisses System zu stehen. Zwar war die Stadträtin schon früher ein Laufsack. So lange dort schlechtere Arbeits- und Lohnverhältnisse vorhanden waren als bei anderen Firmen, war

das auch ganz erklärlich. Seit aber durch den Streik dort dieselben Arbeitsbedingungen herrschen, als bei den anderen Firmen, wird die Sache unverständlich. Es scheinen andere Umstände eine Rolle mitspielen. Das letztere trifft denn auch zu. Die Schuld an den Entlassungen trifft leider weniger die Firma, als einigle alle Ausschüsse, die im katholischen Arbeiterverein organisiert sind. Diese meinen es mit ihrem christlichen Glauben vereinbaren zu können, wenn sie durch ihr Verhalten andere Kollegen aus der Arbeit bringen. Eine sonderbare Nächstenliebe kommt da zum Vorschein. Ich nenne solche Handlungsweise nicht christlich, sondern schiefer. Schon seit Jahren waren diese Ausschüsse das Hemmnis eines gedeihlichen Arbeitens bei Schubert. Uns liegt die Pflicht ob, nunmehr der Sache Einhalt zu tun. Uns muß der offene Krieg lieber sein, als das wir uns nach und nach abmucken lassen. (Allgemeine Zustimmung.) Wir können die Bestreben der Eventualitäten stellen, die ihnen nicht lieb sein werden. Ohne daß wir schon heute zu den schärfsten Mitteln greifen brauchen, steht das eine fest, daß, verweigern unsere Kollegen diesen dreien die Mitarbeit, sind sie auch für die Firma abgesehen. Sie mögen nun wählen, was sie wollen. Wenn sie ein Läzchen wagen wollen, wir sind bereit. Wir wollen nicht ihre Mitgliedschaft, aber Ruhe und Frieden vor ihren Angehörigen.

Zu ihrer Verteidigung hätten sich die gemeinsamgen Christen einen Herrn Hudobit mitgebracht, der vorgab, nur zufällig hier zu sein. Er bekümmerte sich aber überall um die katholische Sache, und so wurde er sich auch hier erlauben, einige Ausführungen zu machen. Die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine hätten sich überall ihren Mitkollegen angeschlossen. Ein letzter in der Majorität, haben sie eben die Schritte mitzumachen, die die anderen beschließen, soweit sich dieselben mit ihren Ansichten vertragen. Offenbar haben das die in Frage kommenden nicht getan. Aber ein Weg zur Verständigung kann gefunden werden, wenn der gute Wille dazu vorhanden sei. Er rate nicht zu schroff vorzugehen.

In der Diskussion wurde herbeigegeben, daß wir gar nicht die Pflicht haben, uns am katholischen Arbeiterverein zu reiben; wir wollen weiter nichts, als daß uns deren Mitglieder in Ruhe lassen. Viel Freude haben die christlichen Kollegen jedenfalls an den Ausführungen ihres Vereitlers nicht gehabt; denn im Grunde hat dieser das Verhalten seiner Schuldlosen genau so beurteilt wie wir.

Schließlich wurde ein Antrag angenommen, nach Verlauf einiger Zeit eine Geschäftsbesprechung abzuhalten und zu unterziehen, ob durch das weitere Verhalten dieser Ausschüsse eine Aenderung unserer Maßnahmen notwendig wird.

Freiburg i. B. Am Sonntag, den 11. August fand hier eine öffentliche Versammlung statt. Rechtsanwalt Genosse Grumbach hielt einen Vortrag über: 'Das Versicherungswesen, wie es ist und wie es sein möchte.' Wir glauben, daß es unsere Mitglieder ganz besonders interessieren müßte, das Versicherungswesen näher kennen zu lernen, und hatten uns auch nicht getraut. Eine Anzahl Kollegen hatten auch ihre Frauen mitgebracht, und auch denen kann es nicht schaden, wenn ihnen über die Frage des Versicherungswesens klarer Wein eingeschüttet wird. Daß die Versammlung den Vortragenden verstanden hat, beweist sie dadurch, daß mit dem Beifall nicht gelacht wurde.

Hamburg. Um den heiligen Ausschuss und Transportarbeitern die Notwendigkeit der Organisation vor Augen zu führen, fand am 11. August eine Versammlung statt. Der Referent, ein Kollege aus Hamburg, erläuterte in seinem gut durchdachten, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage das Wesen und den Wert der Organisation und wies auf die fortwährende Preissteigerung der notwendigen Bedarfsartikel, der Lebensmittel, Meien usw. hin. Um nun den Kollegen es möglich zu machen, als Menschen leben zu können, müßten sie sich der Organisation anschließen. Vereint sind wir alles, vereint sind wir nichts. Man solle sich ein Beispiel an der Organisation der Unternehmer nehmen. Weber fordert alle Anwesenden, soweit sie nicht organisiert sind, auf, sich der Organisation anzuschließen. In der Diskussion wird von den Kollegen über nieberen Lohn und lange Arbeitszeit geredet. Auch verdrängten dieselben, sich der Organisation anzuschließen. — Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, das 'Vollblatt' zu abonnieren.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: 'Die heute im Lokale des Herrn Schulenburg tagende öffentliche Versammlung erklärt, sich dem Transportarbeiter Verband anzuschließen und alles aufzubieten, damit auch der letzte Ausschuss dem Verbands zugeführt wird.' Mit dem Hinweis auf die benachteiligt stehende außerordentliche Mitgliederversammlung erfolgte mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung Schluß der gut besuchten Versammlung.

Hof i. B. In der letzten Monatsversammlung wurden die Verhandlungen der Kohlenläder auf dem Bahnhof einer eingehenden Kritik unterzogen. Dort scheinen einige Ausschüsse die Meinung zu sein, durch denuzieren ihrer Mitkollegen sich selbst bessere Lebensbedingungen verschaffen zu können. Wenn die Kollegen miteinander in den Häufen oder während der Arbeit über ihre Verhältnisse sprechen und der Meinung Ausdruck geben, daß für einzelne Ladungen ein paar Pfennige mehr gezahlt werden müßte, dann bezeichnet der Vorarbeiter Seidel dies als Diebstahl und Aufwiegelung. Das Endergebnis ist nun, daß die betreffenden Kollegen, welche sich die Dreifaltigkeit erlauben, über ihre Verhältnisse miteinander zu sprechen, bei den nächsten Lohnzahlung auf Pfaster fliegen.

Als zweite Rede im Schmudd fungierte der Lader Schäfer, der die Harmoniepredigt predigt. Nach seinem Anspruch könne der Verband doch nichts erreichen, es wäre besser, wenn die Kollegen zu ihrem Prinzipal gielten.

Als dritter im Bunde erscheint dann der Partieführer Lotter, der mit allen möglichen Mitteln versucht, die organisierten Kollegen aus seiner Partie hinauszuwerfen. Derselbe scheint den Grund zu bilden: 'Geld stimmt nicht.' Trotzdem er als besonders heftiger Gegner der Organisation auftritt, trägt seine Frau die 'Oberfränkische Volkszeitung' aus.

Bei der Kohlenfirma Weidner ist ein Kutscher Vogel beschäftigt, der sich dazu berufen fühlt, dem Verband den Garaus zu machen.

In seiner Unwissenheit erklärt er: 'Das Zeug — der Verband — habe doch keinen Wert,' die Kollegen möchten ihre paar Pfennige lieber wo anders anwenden. Vielesicht ist er der Meinung, daß sie eben so handeln sollen wie er, das heißt für dieses Geld sich Alkohol leisten. Soll es doch schon vorgekommen sein, daß die organisierten Kollegen sich seiner hilfsreich annehmen mußten, damit er mit seinem Gespinnn wieder glücklich nach Hause gelangen konnte.

Kollegen! Unter diesen Umständen, weil eben noch so viele Kollegen vorhanden sind, die den Wert der Organisation noch nicht erkannt haben, ist es unbedingt notwendig, daß mehr wie je agitiert wird.

Klar Eure Berufsgeossen auf, gebt ihnen unser Fachorgan den 'Courier' zu lesen, besuch' fleißig Eure Versammlungen, bringt die nichtorganisierten Kollegen mit zu diesen Versammlungen, dann wird es möglich sein, solchen Leuten wie oben angeführt, das Handwerk zu legen.

Niel. Am 14. August hielt die Ortsverwaltung Niel ihre Mitglieder-Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshaus ab. Kollege Graf teilte mit, daß die Differenzen bei der Mannheim-Bremer Petroleum-Gesellschaft zu Gunsten unserer Kollegen erledigt sind. Soann hielt der Genosse Mendorf einen Vortrag über 'Kassentänze'. Weber erzielte für seine trefflichen Ausführungen reichen Beifall. Den stellvertretenden Vorsitz übernahm Kollege A. Müller. Ein Vorschlag der Ortsverwaltung, den freistehenden Holztagelohndauern 2 M. Extrazuschuß pro Woche aus Ortsmitteln zu gewähren, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Schatz beurteilt wurde das Verhalten der Führer vom Verband der Hafenarbeiter, da die Mitglieder gezwungen werden, Streikarbeit zu verrichten. Es soll deshalb eine öffentliche Versammlung aller am Hafen beschäftigten Arbeiter stattfinden, um hier eine Aussprache herbeizuführen. Mit einem warmen Appell an die Streikenden trat Schluß ein.

Biegnitz. Bei der am 30. Juli abgehaltenen Versammlung beschäftigten sich unsere Kollegen mit der neugegründeten Organisation der Unternehmer. In lebhafter Diskussion wurden die Geßagen, welche uns als Arbeitnehmer von dieser Unternehmerrückorganisation drohen, erörtert. Gleichzeitg wurde darauf hingewiesen, daß die Kollegen am Ort so blind sind und sich angesichts dieser Tatsachen nicht der Organisation anschließen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß Kollegen, welche von ihren Arbeitgebern bis über 18 Stunden täglich ausgebeutet werden, den Wert der Organisation nicht erkennen wollen. Des Morgens um 4 Uhr im Stall mitretend, müssen sie oftmals bis nachmittags 4 Uhr arbeiten, ehe sie einen Augenblick Zeit gewinnen, um ihr Mittagbrot einzunehmen zu können. Frühstück und Vesperpauze sind unbekante Begriffe. Die paar Wisen Brot werden während der Arbeit im Stöcken oder Gehen verschluckt. Demvorsortigungen und Sitzgelegenheit fehlt man an sehr wenigen Gehetzten. Die Kollegen schweben also in ständiger Lebensgefahr.

Hält man nun den unter diesen Verhältnissen lebenden Kollegen ihre elende Lage vor Augen und weist sie auf die Organisation hin, die durch Lohnbewegungen und Tarifabschlüsse in so vielen Orten schon menschenwürdige Zustände geschaffen hat, so erklären dies die Kollegen in ihrer Unwissenheit für Schwindel.

Am Schluß der Versammlung wurden die Kollegen aufgefordert, jeder soweit wie in seinen Kräften steht, für die Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen, damit die Unwissenheit aus den Reihen der Kollegen verschwindet.

Am 6. August wurde die Generalversammlung für die hiesige Ortsverwaltung abgehalten. Kollege Pawlik II erstattete den Parteibericht.

Kollege Jödel gab den Kassensbericht für das zweite Quartal.

Neuaufgenommen wurden 39 Kollegen.

In die Hauptkasse wurden gefandt 415,87 M. Der am Ort befindliche Kassenbestand beträgt 189,15 M. Das Kinderfest brachte einen Ueberschuß von 5,68 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt.

Als zweiter Vorsitzender wurde der Kollege Pawlik II gewählt.

Hierauf referierte der Kollege Niederlich über die Organisation der Spektreure mit dem Sitz in Berlin. Er schilderte die erbärmlichen Verhältnisse der in Spektreuren betriebenen beschäftigten Kollegen und wies auf die ironischen Bemerkungen, welche sich die delegierten Führer auf der Konferenz am 6. Mai in Berlin inbezug auf den Deutschen Transportarbeiterverband geäußert haben, hin.

In der darauffolgenden Diskussion nahmen mehrere Kollegen das Wort. Zum Schluß erwähnte Kollege Jödel die Kollegen, die vom Kartell als verboten betannt gegebenen Lokale und Geschäfte streng zu meiden.

Magdeburg. Am 14. August fand im Sachsenhof eine außerordentliche Generalversammlung statt. Als Berichteratter über die Vorgänge des Vorlaufes auf Änderungen in der Zusammenfassung der Ortsverwaltung Magdeburg erhielt der Verbandsvorsitzende das Wort. Er führte aus, daß es für ihn keine angenehme Aufgabe sei, die er heute zu erfüllen habe. Der Vorstand habe beschlossen, daß der Kollege Weider, welcher sich während seiner sechsährigen Tätigkeit hier am Ort und im Gau J. das volle Vertrauen der Mitglieder erworben habe, nach einem anderen Bezirk übersehen soll. Er könne dort der Organisation besser dienen als hier. Das neue Tätigkeitsgebiet des Kollegen Weider sei Westfalen. Unsere Organisation sei dort äußerst schwach und Tausende von Berufsangehörigen seien für die Organisation zu

gewinnen. Wir haben außer dem Kollegen Wender fast niemand, welcher die Schwierigkeiten im vorliegenden Gau überwinden kann. Magdeburg und der Gau 9 würden dem Kollegen Wender auch entgegen können. Der Hauptvorstand schlägt deshalb den Magdeburger Kollegen vor, den Kollegen Wender freizugeben. An Stelle Wenders bietet er den Kollegen Drechsler an, wählen und als Ersatz für Drechsler den Kollegen Schwierke als Beamen anzustellen. In der Diskussion stellt sich eine Anzahl Kollegen auf den Standpunkt, daß die weitere Entwicklung der Hauptsitze Magdeburg und des Gaus 9 durch den Weggang Wenders sehr gefährdet würde. Die Kollegen Thomas, Perlkes und Pfeiffer würden ebenfalls den Weggang Wenders sehr bedauern, da sie aber die Argumentation des Vorstandes für richtig hielten, werden sie den Vorschlägen zustimmen. Kollege Wender erklärt, daß ihm die Entscheidung über das Angebot des Vorstandes schwer gefallen sei. Er begreift es auch, daß die Magdeburger Kollegen ihn nicht gern scheiden sehen. Wir haben uns gegenseitlich schätzen und achten gelernt. In schweren Stunden haben wir treu und fest zusammengestanden. Aber so wie ich meine Kraft in die Dienste der Organisation gestellt habe, hat es auch der Kollege Drechsler getan. In allen Fällen hat er mit derselben Energie und Ausdauer seine Schuldigkeit getan wie ich. Ich kann am besten erkennen, was für eine schätzbare Kraft wir in dem Kollegen Drechsler gewonnen haben, da ich Tag für Tag mit ihm zusammen gearbeitet habe. Ich habe die feste Überzeugung, daß Drechsler, an meine Stelle tretend, auch bald das Beste sein wird, was ich Euch bisher war. Nur die Überzeugung, daß die Verwaltungsverhältnisse Magdeburg und der Gau 9 in ihrer weiteren Entwicklung durch meinen Abgang nicht leiden, darf genügend Kollegen vorhanden sein, welche durch vereinte Kraft die entstandenen Lücken ausfüllen und auf der anderen Seite der Reiz der Schwierigkeit der neuen Aufgabe haben nicht bebogen, dem Vorhange des Vorstandes zuzustimmen und ich bitte die Versammlung auch dem Vorschlage zustimmen. Nach dem Schlusssatz des Kollegen Schumann wird der Vorschlag des Hauptvorstandes mit großer Majorität angenommen, wofür Kollege Schumann dem Magdeburger Kollegen dankt. An Stelle des Kollegen Wender wird einstimmig Kollege Drechsler gewählt. Auch die Wahl des Kollegen Schwierke zum zweiten Bevollmächtigten und Angestellten erfolgte einstimmig. Zum zweiten Kassierer wurde der Kollege Karl Schmidt gewählt. Mit einem Hoch auf das fernere Wohl und Gedeihen des Transportarbeiterverbandes wurde die sehr stark besetzte Versammlung geschlossen.

Mannheim. Am 3. August hielt die feste Verwaltungskommision im Gewerkschaftshaus ihre halbjährig Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt die Kollegen das Aninken der beiden Kollegen Hädenauer und Mainz, die 8 Tage zuvor tödlich verunglückten. Dem Geschäftsbericht erstattete der Kollege Geil. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 1200. Die Situation war auch im verflochtenen Jahre eine ziemlich große, was hauptsächlich bei den weiblichen Mitgliedern zu bemängeln ist, trotzdem letztere alle Ursache hätten, treu zur Organisation zu halten. Sieht doch der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen in Mannheim noch nicht auf der halben Höhe gegenüber dem der männlichen Mitglieder.

Versammlungen fanden im letzten Halbjahre 161, hauptsächlich Betriebs- und Sektionsversammlungen, statt. 14 Vorkommnisse fanden im Laufe der Berichtsperiode ihre Erledigung und alle sind sie zur Zufriedenheit der Kollegen ausgefallen. Zehn Bewegungen konnten ohne Arbeitseinstellung erledigt, bei vier mußte gestreikt werden. Es kamen im ganzen bei den Bewegungen 419 Mitglieder in Betracht, die eine Lohnveränderung von 225 Mt. pro Tag oder 1350 Mark pro Woche oder 70 200 Mt. pro Jahr erzielen. Streikunterstützungen wurden 1235,61 Mt. bezahlt, für anderweitige Unterstützungen 493 Mt. ausgedehnt. Die Gesamteinnahmen und Ausgaben betrugen mit 10 697,87 Mt. Die Beitragsliste betrug 23 513 Wochenbeiträge gegen 7805 im ersten halben Jahre 1906. Aufnahmen wurden 459 gemacht. Ausgetreten sind 220, abgereist 23, zugereist 14 Kollegen. Nach ziemlich lebhafter Diskussion wurde dem Kassierer Decharge erteilt.

Stolz 1. 2. Am Sonntag, den 11. August fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Diese Versammlung war wieder mal zu bejuchn, was in letzter Zeit wechselfach nicht der Fall war. Kosmisch kann dies als ein gutes Zeichen für die Zukunft angesehen werden insofern, als die Kollegen sich wieder mehr wie bisher an der Ausbreitung unserer Ideen für die Organisation unter der und nach in großer Zahl interessierenden stolper Kollegenfähigkeit mitarbeiten werden. Ueber die von der Verbandsgeneralversammlung am 1. Juli eingeführte Streikmarke à 30 Pf. entsann sich eine ziemlich lebhafte Debatte. Bei den niedrigen Löhnen, welche die Kollegen hier verdienen, muß mit Fleiß gerechnet werden, deshalb fällt es ihnen schwer zu zahlen. Aber die bessere Einsicht siegte auch hier. Die Kollegen überzeugen sich von der Notwendigkeit, unsere gemeinsame Krieginstasse zu stärken, unsere Worte an Müllstein zu erheben, um so die Kollegen, welche einen Kampf zu führen gezwungen sind, auch unter die Arme greifen zu können, damit sich unsere Arbeiterbrüder unsere Gegner nicht auf Gnade oder Ungnade ergeben brauchen. Die Kollegen erklärten sich nämlich dafür, pro Monat 10 Pf. extra für den Streikfonds zu zahlen. Um es leichter zu machen, soll die Marke jeden Monat gezahlt werden. Bei der Versammlung wurde die Erwartung ausgesprochen, daß der Hauptvorstand die hierzu benötigten Streikmarken à 10 Pf. liefert.

Nachdem uns Genosse Wädrer auf den verschlechten Gebieten noch einige praktische Ratschläge gegeben hatte und sich an den hierbei folgenden Auseinandersetzungen die Kollegen recht beteiligten, fand diese Versammlung mit einem begreifert aufgenommenen, fröhlichen Hoch auf den Transportarbeiter-Verband ihren Schluß.

Hierauf fand noch ein Familientränken statt, welches die Kollegen mit ihren Familien und Freunden noch lange beisammen hielt. Alle Anwesenden vergaßen hier auf einige Stunden die Sorgen um's Morgen, das sah man an den freudig leuchtenden Gesichtern der Teilnehmer. Dies waren im Sinne des Wortes einige frohe, vergnügte Stunden in Kollegentreffen.

Stuttgart. Wie zu erwarten war, hat der internationale Kongress auch die Stuttgarter Kollegenschaft aufgerollt. Aber eine solche Anteilnahme für das internationale Arbeiterparlament, eine solche Begeisterung hätte sich wohl der größte Optimist nicht träumen lassen. Gleich die erste Versammlung für den Bezirk Prag, die für die dort wohnenden Transportarbeiter einberufen war, erreichte sich eines überaus starken Besuchs. Die Redner des Abends, die Kollegen Zimmer-Breslau und Werner-Berlin sprachen in zündenden Worten über die Bedeutung des internationalen Kongresses. Zum Schlusse für ihre Ausführungen, mit nicht erdwarmendem Beifall belohnt. In der Diskussion sprachen die Kollegen Schulz, Schumann und Dreher-Berlin. Obwohl die Zeit schon vorgerückt war, folgten die Anwesenden den Ausführungen der Redner mit höchstem Interesse, sie am Schlusse mit einem wahren Beifallssturm überhäufend. Hochbefriedigt über das Gesehene erreichte die imponant verlaufene Versammlung gegen 1 Uhr ihr Ende.

Auf zum Meeting nach dem Kassierer Wädrer lautete die Parole am Sonntag. Schon eine Stunde vor Abgang hatten sich hundert von Kollegen eingehend umgebildet die Zeit des Abmarches erwartend. Als der Zug sich mit unseren Delegierten an der Spitze in Bewegung setzte, herrschte große Freude über die zahlreiche Beteiligung. So viel Handbells- und Transportarbeiter hat Stuttgart noch nie auf der Straße gesehen. Den Unternehmern unseres Berufes, die ob unserer Aufmerksamkeit verblüfft waren, ist an diesem Tage bewußt zu Gemüte geführt worden, daß es mit ihrem Herzenswunsche, die Organisation zu vernichten, noch gute Wege hat. Ein Unternehmer, Herr Gust. Maur, ist 20 Minuten neben uns her geschritten. Ueber den Grund der Beteiligung an der Demonstration gehen die Meinungen auseinander. Einige behaupten, er sei durch den gewaltigen Eindruck, den die ebenen Tritte der Transportarbeiter auf ihn ausgeübt hätten, hypnotisiert worden, andere sagen, er sei unserer Ansprache geworden und nur deshalb auf dem Trottoir marschieren, um unnötiges Ausschreien zu vermeiden. Weiter sagte, die Heber, rechnen es ihm abel aus, tragen sich sogar mit dem Gedanken, sich für die erwiesene Aufmerksamkeit mit der Stellung von Forderungen zu rechtfertigen. Um kurz zu sein, wir sind mit der Beteiligung unserer Kollegen an der Volkskundgebung in allen Zellen zufrieden, und wenn wir mit unseren Veranstaltungen zufrieden sind, ärgern sich die Unternehmer.

Auch mit der dritten Veranstaltung in der Kongresswoche, einer allgemeinen öffentlichen Versammlung, sind wir zufrieden. Das gerühmte Lokal war bis auf den letzten Platz dicht besetzt. Als Redner sprachen die Kollegen Stellung aus Lübeck und Forstner aus Wien, außerdem Schumann, Werner und Zimmer. Auf das sagte ausführlich einzugehen, würde hier zu weit führen. Sämtliche Redner hatten den Anteilnehmern aus dem Herzen gesprochen. Minutenlanger, stürmischer Beifall lohnte die Ausführungen der Redner.

Alles in allem hat uns die rote Woche in jeder Hinsicht befriedigt; wollen wir hoffen, daß der Samen auf guten Boden gefallen ist und reiche Früchte tragen möge zum Wohle der unterdrückten Menschheit im allgemeinen und der Stuttgarter Kollegen im besonderen. Nun mit neuem Mut und neuer Kraft tritt uns Werk, die Wege sind uns klar und deutlich voranschauend, die wir zu gehen haben: über den Kapitalismus hinweg zum Sozialismus.

Eingesandt.

Die „Gefellen“. Daß diese Bezeichnung für meine Kollegen aus der Geschäftsdienerei und Badervereinigung zureichend ist, das muß ich als Mitglied selbst eingestehen. Wer die beiden letzten Generalversammlungen besucht hat, der muß mit, wenn er noch ein „tischen“ Verständnis für die Verbesserung seiner Lebenslage besitzt und aus seinem Herzen keine Wördergrube machen will, unbedingt beipflichten.

Die naekten Tatsachen haben uns gezeigt, daß wir in der kurzen Zeit meines Bestehens zu einer Unternehmerschuldruppe herabgesunken sind. Als ein Kollege beim Vorstände eine Interpellation einbrachte, um zu erfahren, was der Vorstand für die Hebung der materiellen Lage seiner Mitglieder zu tun gedachte, da wurde den verammelten Kollegen von mehreren „Kriegsverweigerungen“ vorkühnend gesagt: „Wenn der Hans oder der Fritz bei seinem Herrn Chef vorstellig wird und ihm auseinandersetzt, daß er eine Lohnzulage braucht, dann gibt jeder Prinzipal seinem Hans oder Fritz 2-3 Mt. mehr, vorausgesetzt, daß er zu gebrauchen ist. Und wenn der Vorstand unserer Vereinigung wirklich bei einem Geschäftsinhaber vorstellig würde betreffs einer Lohnzulage, dann würde uns der Mann erstauft fragen, was wir denn eigentlich wollten. Sein Johann wollte ja garnicht mehr haben, sonst hätte er ihm mehr Lohn gegeben, wenn er es verlangt hätte. Notabene müßte jeder Kollege für sich selbst eintreten, wenn er etwas für sich herauskämpfen will.“ Mit dergleichen Redensarten kann und darf unser Vorstand um sich werfen. Das Gros der Mitglieder und Kollegen begreift nicht, wie sie immer

mehr und mehr in die Schlingen Ihrer Ausbeuter getrieben werden.

Als in der Diskussion die Einleitung einer Bewegung zur Gewahrung eines Erholungsurlaubes gefordert wurde, erwiderte der Vorkühnde: Man sollte besser sich nicht um einen Urlaub bemühen, sonst könnte die betreffende Ausbildung einem Kollegen selbst die Stelle wegchnappen und man hätte dann noch den Schaden obenreihen. In dieser Weise wird gegen die Gesundheit und die Hebung der materiellen Lage unserer Kollegen gesündigt.

Welche Streber im Vorstand unserer Vereinigung liegen, beweist der Fall des Kollegen Loose. Loose hatte durch Beschluß der Beschwerdekommision eine Klage erteilt bekommen, weil er sich in seiner aufgelegten Art gegenüber dem Schriftleiter eines ungebührlichen Auspruchs bedient hatte. Er legte daraufhin das Amt als 2. Vorkühnder nieder. Was geschah aber in der Generalversammlung im Juli? Derselbe Mann nahm das Amt wieder an, trotzdem die Klage von der Versammlung bekätigt wurde. Als aber in der letzten außerordentlichen Generalversammlung ein Kollege Beisitzerführer gegen die Handlungsweise sowie gegen die Wiederwahl des Loose Protest erhob und auch hier wieder Vorkühnerei der allergeringsten Art gegen den „Kollegen“ Loose vorbrachte, der beknallt ausgesprochen hat, daß der Vereinigung von einer Seite schon Geld zuzufießen würde (Unternehmensgeld) und er also die Vereinigung als Unternehmerruppe öffentlich bekennt, da stellte ihm ein Teil der Kollegen in ihrer Rücksichtigkeit und Rücksichtigkeit ein Vertrauensvotum aus und verwarf den Protest gegen eine große Minorität.

Kollegen aus der Geschäftsdienerei und Badervereinigung! Wollt Ihr noch länger ruhig zusehen, wie man zum Verräter an Euren höchsten Gütern, Eurer Arbeiterehre wird? Kömt Ihr stillschweigend mit ansehen, wie man Euch überfüllt und Euch zum willenlosen Werkzeug Eures Unterdrückers und Ausbeuters macht? Nie und nimmer mehr kann es Euer Wille sein, Ihr wollt nicht, daß man Euer einziges Recht, die Hebung und Besserstellung Eurer Lebenslage illusorisch macht!

Darum Kollegen, zieht die Konsequenzen und verlast in hellen Scharen die Unternehmerrichtstruppe, damit Ihr nicht an Euren höchsten Gütern, Eurer Arbeiterehre und Ständehere Schaben leidet. Wir können keine Kampfesorganisation sein, wir sind zu jung und haben kein Geld, so lautete der Anspruch unseres Vorkühnenden. Er hat somit Farbe bekant, wogin die Weisse gehen soll. Wenn die Kollegen sich nicht aufrufen und eine solche Unternehmerruppe ihrem Schicksal überlassen, dann tragen auch sie mit Schuld an dem Verrat ihrer Arbeiterinteressen!

Kollegen! Unsere erbärmliche wirtschaftliche Lage erfordert energische Stellung zu nehmen gegen unsere Ausbeuter. Wir dürfen uns nicht dem Unternehmertum willenslos für einen Judaslohn in die Arme werfen, aus denen es so leicht kein Zurück mehr gibt. Wir Hausdiener und Bader müssen kämpfen für Verbesserung der Lohne und Arbeitsverhältnisse, die noch mittelalterliche zu nennen sind, wir dürfen uns nicht einleiten lassen, um dem Unternehmertum Wasser auf seine Mühen zu treiben, sondern wir müssen kämpfen, bis wir eine menschenwürdige Behandlung und eine Besserstellung unserer erbärmlichen Lage erreicht haben. Nur durch Kampf gelangen wir zum Sieg.

Ein Hausdiener aus der Geschäftsdienerei und Badervereinigung, dem die Interessen seiner Berufskollegen höher stehen als „Strebertum und Kriecherei“.

Kollegen in der Berliner Geschäftsdienerei und Badervereinigung! Wenn man die Ausprüche des Vorkühnenden inbezug auf die seitens der Mitglieder gestellten Anträge auf Einleitung von Aktionen zur Erziehung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen hört, dann kann es gar keinen Zweifel mehr darüber geben, daß diese Herren die Gefährde der Unternehmer bezogen.

Jeden ehrlich denkenden Arbeiter müßte es anwidern, sich von solchen Leuten ins Schlepptau nehmen zu lassen. Ein Mann, der die berechtigten Forderungen mit solchen Argumenten bekämpft, wie der Vorkühnde Qua, ist nicht ernst zu nehmen.

Trotzdem lauert eine große Gefahr für die Kollegen im Handelsgewerbe im Hintergrunde. Infolge der Zersplitterung, welche durch die Stölklinge der Unternehmer in die Reihen der Kollegen hineingetragen ist, wird die Aktionsfähigkeit gelähmt. Die Unternehmer können unbehindert ihre Rieseprofitie einstecken, weil ja die Kollegen ihre Kräfte im Underziffel vergeuden.

Deshalb, Kollegen, die Ihr derselben Meinung seid, wie der Kollege, welcher das Eingefandt geschrieben, besinnt Euch auf Eure Menschenwürde, auf Eure Pflicht als Arbeiter. Ereict aus der Vereinigung, die den Namen einer Unternehmerrichtstruppe mit Recht führt und werdet Mitglieder in der für Euch maßgebenden, eure Interessen in vollstem Maße vertretenden Organisation, im „Deutschen Transportarbeiter-Verband“. Stellt Euch in unsere Reihen und kämpft mit uns Schulter an Schulter für die Erziehung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe.

Mitteilungen des Vorstandes.

Verloren gegangen sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Günther, Aug., Opt.-Nr. 260 508, eingetretten am 1. Mai 1904 in Hanz und Kreislig. Weimard, Opt.-Nr. 266 100, eingetretten am 24. Februar 1907 in Marienruhe.

Diese Bücher werden für ungültig erklärt und erloschen wird, selbstige, falls sie gefunden oder irgendwo vorgelegt werden sollten, an den Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

S. N.: D S w a l b Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Nr. 21, Hof 1 Et.

Verantwortl. Redakteur: Emil Kiebel, Berlin. Verlag der Buchbllg. „Courier“, D. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmid, Berlin, Waldertstr. 37.